



| | |
|---|----|
| SERIE ZUR JUGEND Auftakt mit der RJZ | 6 |
| ARBEITSMARKT Wen trifft Corona | 8 |
| USA Privatisierung der Post | 9 |
| TÜRKEI Der Krieg geht weiter | 14 |



WIDERSTAND

Die USA explodiert

Wir haben mit GenossInnen aus New York über die Aufstände seit der Ermordung von George Floyd und über die Lage von «Black Lives Matter» gesprochen. Kämpfe gegen das Knastsystem und die Polizeigewalt zeigen: Rassismus und Klassenunterdrückung sind miteinander verschränkt.

(az) Es war ein denkwürdiger Moment, als Angela Davis in Chicago eine Rede hielt. Die Ikone der revolutionären Bewegung, die in den Sechzigern Mitglied der Communist Party USA und kurzzeitig bei den Black Panthers gewesen und vom FBI auf die «most wanted»-Liste gesetzt worden war, besuchte die South Side von Chicago. Der Süden der Stadt ist eines der grössten Ghettos der USA, Chicago heute noch die wohl am stärksten segregierte Grossstadt im ganzen Land. Angela Davis sprach im geräumigsten Versammlungsort der Gegend: einer Kirche, der Rockefeller Memorial Chapel, die – ausgerechnet! – von John Rockefeller, dem Ölmagnaten und reichsten Mann der Welt gestiftet worden war. Die Bänke waren vollbesetzt, das Publikum bestand aus AfroamerikanerInnen aus dem Viertel und weissen Leuten von der nahebei gelegenen Uni.

Angela Davis auf der South Side

In Angela Davis' Rede ging es um die Einsperrung von AfroamerikanerInnen im amerikanischen Knastsystem. Nachher kam das Gespräch auf Bewaffnung und Gewalt. Eine Frau aus dem Publikum fragte, wie Davis zum Thema Waffen stehe: auf der South Side von Chicago ist die Waffengewalt von Gangs eine tödliche Bedrohung. Davis antwortete, als sie zur Zeit der Rassentrennung in Birmingham, Alabama, aufgewachsen sei, da hätten ihre Eltern zuhause das Gewehr immer griffbereit gehabt. Der Ku-Klux-Klan konnte jederzeit kommen. Selbstverteidigung sei notwendig, das wisse sie, seit sie ein Kind sei. Trotzdem sei sie heute überzeugt, dass «niemand einfach so eine Waffe tragen sollte.» Atempause. «Und wisst ihr was? Das gilt zuallererst für die Bullen! Denn allein seit Anfang des Jahres hat die Polizei auf der South Side von Chicago 62 Menschen erschossen.»

Das war im Frühling 2013, nicht heuer, dem Sommer von George Floyds Ermordung. Wenig später, vor mehr als sieben Jahren, wurde ein Bürgerwehrmann freigesprochen, der den schwarzen Teenager Trayvon Martin getötet

hatte. Damals begann eine Parole Kreise zu ziehen, die wieder ein Jahr später, 2014, mit dem Aufstand von Ferguson (Missouri) weite Verbreitung finden sollte: «Black Lives Matter».

In den USA ist eine lange Serie von Aufständen mit der schier unendlichen Kette von Morden der Polizei an Schwarzen verbunden. Immer wieder ist ein besonders brutaler Fall von Polizeigewalt der Funke zur Rebellion, der den alltäglichen Rassismus beleuchtet, mit dem ein Gesellschaftssystem einen Teil seiner Bevölkerung zur «Überschussbevölkerung» macht (so Davis, die Marx zitiert), das heisst, zu Leben macht, die offenbar nicht zählen, einfach, weil sie schwarz sind.

Fortsetzung auf Seite 5

Inhalt

- 3 Kosovo: Gute Freunde kann niemand trennen.
- 4 Basel Nazifrei: Die Stawa öffnet den Nazis die Türe
- 6 Was die Jugend antreibt
- 7 «Legal, illegal, Scheissegal»
- 8 Kitas: «Nun haut es uns endgültig den Nuggi raus»
- 9 US Post: Chronik eines angekündigten Todes
- 10 Bolsonaro und die Militärs
- 11 Feuerwehrrübungen der Notenbanken
- 12 Valter Ferrarato: Ein Leben für die Einheit des proletarischen Kampfes
- 13 Das Schweizer Kapital und das Apartheid-Regime in Südafrika
- 14 Rojava: Erkenne einen Krieg, wenn du einen siehst
- 16 Soviet Synthesizer – Revolutionäre Klänge aus dem Osten

POLITISCHE GEFANGENE

Umstrittener Münchner Kommunistenprozess endet mit hohen Haftstrafen

Ende Juli wurden in München zehn Aktivist*innen wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland zu Freiheitsstrafen zwischen 2 Jahren und 9 Monaten und 6 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Damit endet heute vorläufig eines der längsten politischen Verfahren in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Dieser absurde Mammutprozess dauerte mehr als 4 Jahre und nahm 234 Hauptverhandlungstage in Anspruch.

Es ist das erste in Deutschland wegen Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei der Türkei/Marxisten Leninisten (TKP/ML) geführte Gerichtsverfahren. Es ist zugleich das erste, in dem Angeklagte wegen der Mitgliedschaft in einer «ausländischen terroristischen» Organisation nach § 129b StGB verurteilt wurden, die auf keiner internationalen Terrorliste steht, die in Deutschland nicht nach dem Vereinsgesetz verboten ist und deren Mitglieder häufig einen Flüchtlingsstatus in Deutschland erhalten haben. Lediglich die Türkei stuft die Organisation bisher als terroristisch ein.

Die Verteidigung hat im Laufe des Verfahrens mehrfach betont, dass das Verfahren nicht legitim ist und seine Einstellung gefordert. Während in der Türkei die AKP und Erdogan ein diktatorisches Unrechtsregime errichten und den Grossteil der Opposition wegen «Terrorverdachts» verfolgt, macht sich der deutsche Staat mit diesem Verfahren zum politischen Erfüllungsgehilfen, wenn er hier ebenfalls türkische Oppositionelle strafrechtlich verfolgt.

Keinem der Angeklagten wurde die Beteiligung an einer konkreten Straftat – insbesondere keine Gewalthandlung – in Deutschland vorgeworfen. Kriminalisiert wurde allein die vermeintliche Mitgliedschaft in der Organisation TKP/ML.

Das Gericht hat während des Verfahrens auch zugestanden, dass das Verfahren auch im Interesse der Türkei geführt wird und an dem diktatorischen Charakter des Erdogan-Regimes keinen Zweifel gelassen. Dennoch erfolgten Verurteilungen zu hohen Haftstrafen. Das Urteil ist Ausdruck politischer Justiz. Verurteilt worden ist eine politische Haltung und Gesinnung.

Diesen und weitere Prozessberichte und die kämpferischen Reden der verurteilten Revolutionärinnen und Revolutionäre gibt es auf: www.tktml-prozess-129b.de



Solidarität ist unsere Waffe

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfesch.noblogs.org



Editorial



14. Juni 2020: Ein Jahr nach dem Frauen*streik gab es in Zürich wieder Aktionen.

(red) Das Corona Virus prägt, trotz punktueller Lockerungen, weiterhin unseren Alltag. Die diffuse Hoffnung, es werde wieder, wie es einst war, ist in unseren Köpfen fest verankert. Noch haben wir im öffentlichen Verkehr Masken zu tragen, sind eingeschränkt in der Gestaltung unserer Freizeit, doch es soll ein Morgen kommen, das eigentlich wie ‚das Gestern‘ sein wird.

Als revolutionäre Linke wollen wir nicht zu diesem Gestern der Bosse und AusbeuterInnen zurück, sondern hin zu einem Morgen der gesellschaftlichen Produktion und dem Primat proletarischer Interessen. Wir wollen aufzeigen, wie sich die Widersprüche im kapitalistischen System in Zeiten der Krise zuspitzen. Es ist wichtig, sich klar zu machen, wie wir diese Widersprüche für die Entwicklung der revolutionären Perspektive nutzen können.

Mit Blick auf dieses Morgen möchten wir mit dem Beginn einer Serie der Jugend Platz einräumen und zeigen, wie sie sich, damals und heute, organisiert, um mit Mut und Militanz den Status Quo der Eigentums- und Produktionsverhältnisse in Frage zu stellen.

Nicht zuletzt gilt es jedoch auch ins Bewusstsein zu rücken, dass das Erdogan-Regime, auch in Zeiten von Corona, die Revolution in Rojava angreift und der brasilianische Despot Bolsonaro, gerade in Zeiten von Corona, Not und Elend der Bevölkerung potenziert.

Für neue Leserinnen und Leser:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!



Eingefärbt: Joschka Fischer (Grüne), der als deutscher Aussenminister an der Seite von Kanzler Gerhard Schröder (SPD) den Kosovokrieg mitverantwortete.

BALKAN

Kosovo: Gute Freunde kann niemand trennen.

In den vergangenen Monaten haben sich die Interventionen der USA wie die der EU im Kosovo intensiviert. Unzögerlich werden missliebige Premierminister aus dem Weg geräumt oder Reisepläne sabotiert, um den jeweils eigenen Vorhaben Vorschub zu leisten.

(gpw) Die heutige Situation ist ohne Rückgriff auf die Geschichte kaum verständlich. Anfang der 1990er beginnt der sozialistische Vielvölkerstaat Jugoslawien, historisch geprägt vom PartisanInnenkampf gegen den Faschismus, auseinanderzufallen. Angetrieben von massiven Interventionen von aussen, die auf nationalistische Bestrebungen im Inneren treffen, zerfällt der Staat über die folgenden zwei Jahrzehnte in einem kriegerischen und blutigen Prozess in seine heutigen mehr oder minder unabhängigen Bestandteile von Slowenien, Kroatien, Nordmazedonien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Serbien und dem Kosovo.

Das Interesse der Akteure, die von aussen in diesem Prozess intervenieren, ist geostrategisch begründet. Der Balkan ist eine der zentralen Transitachsen nach Westeuropa, es geht um Pipelines, die Gas und Erdöl aus dem Osten transportieren, sowie um den Warentransport. Heute kommt dazu, dass der Balkan eine der hauptsächlichen Migrationsrouten nach Westeuropa ist. Weiter liegt er an der südwestlichen Flanke Russlands, so dass es im erklärten Interesse der NATO lag, hier den Ring um Russland durch eine Osterweiterung zu schliessen. Heute ist dieses

Ziel weitestgehend erfüllt, von den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens ist lediglich Serbien weder NATO-Mitglied noch unmittelbar an einem Beitritt interessiert.

Kulminationspunkt der Interventionen von aussen ist der Kosovokrieg Ende der 1990er, als die NATO unter Umgehung der UNO zum Angriffskrieg gegen Serbien bläst, um die Autonomiebestrebungen der kosovarischen UCK im Südwesten Serbiens zu unterstützen. An der Spitze des Angriffs steht Deutschland dabei neben den USA, womit der Krieg einen gleich doppelten Tabubruch darstellt: Erstens als offensiver Angriffskrieg des «Verteidigungsbündnis» NATO, zweitens als erstmalige militärische Intervention Deutschlands im Ausland seit dem zweiten imperialistischen Weltkrieg.

Premier von Gnaden Washingtons

Danach wird erst ein UNO-Protektorat in der kosovarischen Provinz Serbiens eingerichtet, schliesslich folgt 2008 eine unilaterale Unabhängigkeitserklärung des Kosovo unter EU-Protektion. Heute, zwanzig Jahre nach dem Krieg, bleibt der Status des Kosovo umstritten. Im vergangenen Herbst 2019 kam erneut Bewegung in die Sache, nachdem US-Präsident Donald Trump Richard Grenell zum Sondergesandten für die Friedensverhandlungen zwischen Serbien und Kosovo machte. Ein Grund für die verstärkten US-Bemühungen dürfte sein, dass sich Trump im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im No-

vember davon einen aussenpolitischen Erfolg verspricht. Denn die Verhandlungen, die grundsätzlich unter der Leitung der EU standen, waren seit 2018 blockiert, unter anderem aufgrund von Zöllen, die der Kosovo auf Importe aus Serbien erhebt.

Grenell, der sich als US-Botschafter in Deutschland einen Namen machte als jemand, der eher draufhaut als taktiert, liess wenig Zeit verstreichen. Er forcierte gleich die Absetzung des kosovarischen Premierministers Albin Kurti, welcher die Zölle nicht auf Druck von aussen absetzen wollte. Im Hintergrund griffen dabei alte Seilschaften zwischen den USA und der UCK-Führungsriege, vertreten durch den heutigen Präsident des Kosovo und vormaligen UCK-Kommandanten, Hashim Thaçi. Während Kurti eine Plattform verfolgt, die sich explizit gegen diese mafiose Führungsriege richtet, gilt Thaçi als loyaler Mann der USA.

Mittels Misstrauensvotum wurde Kurti im Juni abgesetzt und durch Avdullah Hoti ersetzt. Er bildete zuvor mit Kurti die Regierung, gilt aber zugleich als eine kleinere Bedrohung für die US-UCK-Interessen. Gleichzeitig wurden die kosovarischen Zölle gestrichen, so dass die sistierten Verhandlungen neu unter Führung der USA wieder hätten aufgenommen werden können. Hätte, da das Kosovo-Sondertribunal in Den Haag, welches ein Projekt des EU-Programms EULEX für den Kosovo ist, just vor dem Termin Thaçi nach Den Haag zitierte, um ihn dort zu den durch die UCK begangenen Kriegsverbrechen (konkret über 100 Morde und Organhandel) zu befragen. Kurzerhand platzte dadurch der angesagte Propagandetermin zwischen Trump, Thaçi und Aleksandar Vucic, dem Präsidenten Serbiens, in Washington DC und die EU eroberte sich die Initiative in den Verhandlungen zurück - ein Umstand, der gemeinhin nicht als Zufall gewertet wird.

Der geplante Landtausch

Unverhohlen freut sich der EU-Aussenbeauftragte Josep Borell über diese herbeigeführte Wende. Nachdem sich Hoti und Vucic wieder unter EU-Ägide in Brüssel zu Verhandlungen trafen, meinte er dazu: «Ich freue mich zu sehen, dass die Europäische Union in diesem Prozess zurück auf dem Fahrersitz ist.» Selbstredend spielt hier schlicht die offene Konkurrenz der verschiedenen imperialistischen Mächte, welche über die Friedensverhandlungen die jeweils eigene Position am Balkan zu verbessern suchen. Substanziell ist wohl auch die Frage eines allfälligen Landtauschs einer serbischen Region mit kosovarischer Mehrheit und einer kosovarischen Region mit serbischer Mehrheit, ein Zankapfel zwischen den USA und der EU.

Während Grenell diesen Tausch (der in geheimen Verhandlungen zwischen Vucic und Thaçi vorbereitet wurde) forciert, ist die EU skeptisch. Vordergründig fürchtet man sich vor einem Dominoeffekt am Balkan, der durch diesen Tausch ausgelöst werden könnte. Blanker Hohn angesichts der Rolle, welche die EU in den 1990er-Jahren als Brandstifterin solcher ethnisch-nationalistischer Bestrebungen beim Auseinanderbrechen Jugoslawiens spielte. Bedeutsamer als moralische Bedenken dürfte das Veto von EU-Staaten wie Spanien sein, welches einen solchen Präzedenzfall angesichts der Unabhängigkeitsbestrebungen im eigenen Land fürchtet.

ANTIBABYPILLE

Die sexuelle Revolution altert schlecht

Vor 60 Jahren kam die Antibabypille auf den Markt, heute wird sie von einem grossen Teil der weiblichen Bevölkerung selbstverständlich konsumiert. Ihre Geschichte in Ehren, die Zukunft muss sich ändern.

(az) Hätte es die Kabarettistin Caroline Kebekus nicht aufs Tapet gebracht, wäre es ruhig geblieben um den 60. Geburtstag der Antibabypille, die im August 1960 in den USA und 1962 in der Schweiz auf den Markt kam. Dabei gilt diese als Ursache einer gesellschaftlichen Revolution, als Meilenstein der sexuellen Befreiung und der Selbstbestimmung über den eigenen Bauch. Die Pille war ein Ereignis. Sie hat Frauen Verfügungsmacht gegeben, eine ungewollte Schwangerschaft liess sich plötzlich mit sehr hoher Sicherheit und ohne Diskussionen ausschliessen, weshalb heterosexuelle Frauen viel risikofreier das eigene sexuelle Bedürfnis ausleben konnten, sofern ihr Arzt sich davon überzeugen liess, ihnen das Produkt zu verschreiben. Ein grosser und wichtiger Schritt, was sich auch an der vehementen Ablehnung von konservativer Seite ablesen lässt: «Jedermann weiss, was die 'Pille' ist. Sie ist winzig klein im Vergleich zur Atombombe, aber ihre Wirkung auf unsere Gesellschaft kann noch verheerender sein.» zitierte die «Annabelle» 1968 die US-Amerikanerin Pearl S. Buck und zeigt die mit der Selbstbestimmung verbundene Angst vor der Auflösung des Kernstücks der kapitalistischen Gesellschaft, der Kernfamilie.



Trotz der offensichtlichen gesellschaftlichen Umwälzungen, hat sich der Kapitalismus in seinen Grundfesten stabil halten können, wie wir heute schmerzlich wissen. Verhütung ist ein Thema wie ein anderes geworden, die Schweiz verfügt sogar über einen «Verhütungsbericht», der alle fünf Jahre überarbeitet wird. Der letzte stammt von 2017 und führt detailreich aus, welche Altersgruppen wie verhüten, untersucht, ob Klassendifferenzen eine Rolle spielen oder aber Migrationshintergrund und kommt zum Schluss, dass hauptsächlich die Kategorie «Alter», in

der Wahl der Verhütung zu relevanten Differenzen führt. So konsumieren jungen Frauen bis 25 sehr konsequent die Pille. Im Total scheinen 25% der Frauen in der Schweiz im gebärfähigen Alter die Pille zu konsumieren, in der BRD sogar 50%. Obwohl diese Differenz gross ist, sind beiderorts die Zahlen beeindruckend hoch. Die Pille kaufen viele.

Das ist dann auch der Problempunkt, den Kebekus zum Anlass ihrer Kritik nimmt. Sie verweist nicht auf den individuellen Konsum oder auf moralische Fragen, sondern auf die Machenschaften der Pharmaindustrie, die sich seit 60 Jahren an diesem Erfolgsprodukt bereichert. Doch führt das nicht zu einer Weiterentwicklung, wie das normal wäre. So scheint es üblich, 20% des Gewinns in Forschung und Entwicklung zu investieren, bei der Pille werden aber nur 2% aufgewendet. Da sie ohnehin gekauft wird, kann sich die Pharmaindustrie die Ausgaben schenken. Natürlich kommen Alternativen auf den Markt, insbesondere für jene, die die Pille nicht konsumieren wollen. Aber jene, die sie konsumieren, nehmen ein eher antiquiertes Produkt ein. Und Hormonprodukte für den Mann sind unvorstellbar.

Der Kapitalismus in Gestalt der Pharma ist nicht zuständig für den gesellschaftlichen Fortschritt, auch wenn gesellschaftlicher Fortschritt ab und zu durch die Pharma bewirkt wurde, das zeigt sich an diesem Beispiel deutlich.



Massen gegen Nazis: Etwa 2000 Menschen blockierten die PNOS.

UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

36 Jahre bewaffneter Kampf der PKK in Kurdistan

(25. August 2020: Feuerwerk rund ums türkische Konsulat in Zürich)

Heute vor 36 Jahren hat die PKK die Waffen in die Hand genommen um gegen den faschistischen türkischen Staat Widerstand zu leisten.

Dem voraus ging eine längere Aufbauphase, in welcher einige junge, kurdische und türkische RevolutionärInnen aus dem studentischen und städtischen Milieu Ankaras in die ländliche Region Kurdistans zogen um einen politischen und später auch bewaffneten Prozess anzustossen. Für uns als Widerstandsnetzwerk und Teil der internationalen Riseup4Rojava Kampagne hat die Guerilla in den kurdischen Verteidigungsgebiete eine Zentrale Rolle. Die Aktionen der Guerilla und auch ihrer UnterstützerInnen in den türkischen Städten zeigen, wie eine revolutionäre Politik aussehen kann. Trotz massiver Repression und Militarisierung in den türkischen Metropolen gelingt es den Rachezellen fast täglich, bewaffnete Aktionen und Brandanschläge gegen das türkische Kapital und den türkischen Staat durchzuführen. Zeitgleich führt die Guerilla einen erfolgreichen Widerstand gegen die aktuelle Invasion in den Bergen des Nordirak.

Die PKK ist bis heute ein Beispiel, wie bewaffneter Kampf und Massenorganisation erfolgreich zusammen geführt werden können. Dieser Erfolg ist umso mehr zu gewichten, als dass der Gegner, ein autoritärer Staat mit faschistischen Zügen, zu jedem Zeitpunkt die Organisation angreift und vernichten will. Doch eine der Stärken der kurdischen Befreiungsbewegung liegt darin, nicht starr einem Plan zu folgen. Sondern diesen immer abzuwägen, sich selbst zu hinterfragen um bessere Lösungen und Strategien zu entwickeln. Zu diesem erfolgreichen Weg zählt auch der Zusammenschluss mit anderen, revolutionären Kräften wie der TKP-ML, DKP, MKP oder der MLKP im Bündnis der Vereinten Revolutionären Kräfte HBDH. Bis heute sind die kurdischen und türkischen Guerillas in den Bergen ein Symbol für einen erfolgreichen Widerstand gegen Faschismus, Imperialismus, Patriarchat, Kolonialismus und kapitalistische Ausbeutung. Sie entwickeln ihr politisches Projekt ständig, sind das Herz der kurdischen Bewegung und sind im Krieg mit neuen Kampfformen und Taktiken erfolgreich. Dies zeigt sich momentan im eindrücklichen Widerstand um Heftanin, wo die türkische Armee mit voller Härte angreift, ihr jedoch massive Verluste zugefügt werden können. Gerade in dieser Zeit intensiver Kämpfe ist es für uns revolutionäre InternationalistInnen wichtig die Bedeutung des bewaffneten Widerstandes herauszustreichen. [...]

Egal ob Vietnam, Kuba, Palästina oder Kurdistan, die Kämpfe erfüllten und erfüllen unsere Herzen mit Feuer. Sie haben Massen bewegt welche auf die Strassen zogen um gegen die Gräueltaten zu demonstrieren. Sie haben Militante dazu gebracht Feuerzeug und Brandsatz in die Hand zu nehmen und anzugreifen. Sie haben die Stadtguerillas der RAF, Action Directe, Rote Zora und viele weitere ermutigt, die Waffe als Werkzeug einzusetzen und sich klandestin gegen das mörderische System zu "organisieren". Was in den 70er und 80er Jahren zu unzähligen Aktionen führte treibt uns auch heute an: Revolutionärer Internationalismus!

Revolutionärer Internationalismus gegen das Schweizer Kapital, welches sich an Kriegen und Konflikten weltweit bereichert. Revolutionärer Internationalismus gegen den Schweizer Staat, welcher Hand in Hand mit Erdogan und seinen Handlangern dealt. Revolutionärer Internationalismus welcher auch hier in der Schweiz den türkischen (und allen anderen) Faschisten keinen Meter gibt. Revolutionärer Internationalismus gegen das Schweigen der Medien und der Öffentlichkeit. Revolutionärer Internationalismus, Schulter an Schulter mit unseren kurdischen und türkischen GenossInnen!

Video der Widerstandsnetzwerk #fight4rojawa: <https://streamable.com/rz2ew6>

Video der RJZ: <https://streamable.com/jz9xo2>

BASEL NAZIFREI

Die Staatsanwaltschaft öffnet den Nazis die Türe

Die Repression gegen die AktivistInnen von Basel Nazifrei ist heftig. Wieso geht die Staatsanwaltschaft so radikal gegen Menschen vor, die an einer sehr breit legitimierten Demo teilnahmen?

(rabs) Am 24. November 2018 verunmöglichten 2000 AntifaschistInnen eine Kundgebung der rechtsextremen PNOS (Partei National Orientierter Schweizer) auf dem Basler Messeplatz. Die 100 Rechtsextremen mussten abgeschirmt von den AntifaschistInnen und versteckt vor der Öffentlichkeit hinter dem Messegebäude ihre Hassbotschaften äussern.

Es war der zweite Versuch, dass sich Rechtsextreme organisiert nach Basel wagten und wieder ein eklatanter Misserfolg: 2016 versuchten sie mit dem Namen Pegida die Bevölkerung anzusprechen – es kamen vor allem Linke, auch da wurden die Rechten daran gehindert, eine Kundgebung zu veranstalten. Die Basel-Nazifrei-Demo vom November 2018 war ein Erfolg. Die Rechten konnten nicht tun, was sie wollten. Und die Basel-Nazifrei-Bewegung erreichte eine Breite in der Gesellschaft, wie es sonst unsere Kräfte selten erlauben.

Die Jusos hatten ein Gesuch um eine Bewilligung der Demo eingegeben, das vom Justizdepartement abgelehnt wurde, worauf sie sich mit einer Kundgebung weit weg des Messeplatzes – dafür mit allen anderen bürgerlichen Parteien ausser der SVP – zufrieden gaben.

Ein halbes Jahr später kamen dann die Hausdurchsuchungen. Früh morgens standen bei über 20 Personen plötzlich PolizistInnen in der Wohnung. Sie suchten die Kleider, die an der Basel-Nazifrei-Demo getragen worden waren und nahmen die Beschuldigten mit. Diese wurden für einige Stunden oder zwei Tage in eine Zelle gesperrt. Auf den Antrag auf Untersuchungshaft gingen die HaftrichterInnen diesmal nicht ein. Diesen Sommer starteten nun die Prozesse gegen die Beschuldigten. Die häufigsten Anklagepunkte sind Landfriedensbruch und «passive Teilnahme an Gewalt und Drohung gegen Beamte». Dies sind beides Vorwürfe, die nicht das individuelle Handeln der angeklagten Person anprangern, sondern das anderer Menschen, die der gleichen Gruppe zugeordnet werden. Wenn jemand an einer Demo sprayt (ja, das gilt als Gewalt!), können alle DemoteilnehmerInnen wegen Landfriedensbruch verurteilt werden, wenn jemand eine Bierdose in Richtung Polizei wirft (das wäre dann Gewalt und Drohung gegen Beamte), machen sich alle, die nicht augenblicklich verschwinden, der passiven Teilnahme an ebendieser Gewalt und Drohung strafbar.

Was ist das Ziel der Stawa?

Die Strafforderungen sind happig: Bis jetzt sind Forderungen der Staatsanwaltschaft von bedingten mehrmonatigen Gefängnisstrafen bis zu 12 Monaten Gefängnis (unbedingter Vollzug) bekannt. Zwölf Monate ins Gefängnis, weil an einer Demo ein paar Steine in Richtung Polizei flogen (zwei trafen nach offiziellen Angaben eine Polizistin resp. einen Polizisten ohne sie zu verletzen)? Es ist klar, dass es sich hier um einen politischen Angriff auf die ausserparlamentarische Linke handelt. Es geht nicht darum, «Gerechtigkeit» walten zu lassen oder bspw. die Polizei vor Angriffen zu schützen. Wenn das das Ziel wäre, würden die Beamten wohl eher dazu angehalten, nicht ohne direkte Bedrohung mit Gummischrot in eine Menge Demonstrierender zu schiessen. Die Ziele der Stawa sind, die AktivistInnen einzuschüchtern und beispielsweise durch das Damoklesschwert von bedingten Haftstrafen,

daran zu hindern, weiterhin politisch aktiv zu sein.

Ein anderes Ziel, das in den Basel-Nazifrei-Verfahren deutlich wird, ist die Spaltung der Bewegung. Die Stawa pickt gewisse – insbesondere junge – DemonstrantInnen heraus und klagt sie an. Andere verfolgt sie nicht einmal, wenn diese angezeigt werden: Eric Weber – gerichtlich anerkannter Nazi und zur Zeit der PNOS-Kundgebung gerade nicht mit der Partei zerstritten – zeigte einige ParlamentarierInnen an, weil diese an der Gegendemonstration teilgenommen hatten. Die Stawa reagierte mit einer «Nichtanhandnahmeerklärung», liess also verlauten, dass sie diese DemonstrantInnen nicht verfolgen würden, da die Straftatbestände nicht erfüllt seien.

Als Reaktion auf die Anklagen formierte sich eine Gruppe Menschen, die sich auf Grund ihres Alters und z.T. der entsprechenden Haarfarbe der «graue Block» nannten. Im November 2019 begaben sie sich auf den Claraposten und gaben den BeamtInnen zu Protokoll, dass sie auch an der Basel-Nazifrei-Demo teilgenommen hätten.

Indem die Stawa gewisse Menschen verfolgt und andere nicht, versucht sie zu suggerieren, dass ca. 100 DemonstrantInnen «böse» seien und verurteilt werden müssen, die anderen Teilnehmenden der Demonstration jedoch «gut». Dabei sind der Stawa und offensichtlich auch den Gerichten die Widersprüche, die sich dabei auf-tun egal: Zwei Personen, die das selbe taten – nämlich an einer unbewilligten Demonstration teilzunehmen, bei der als Antwort auf Gummischrot Steine gegen die Polizei flogen – werden entweder hart bestraft oder gar nicht verfolgt, je nachdem in welche Gruppe sie eingeordnet werden.

Offensichtlich hofft die Stawa, die Bewegung, die durch Klima- und Frauen*streik und die Black Lives Matter-Bewegung erstarkt, durch Spaltung und drakonische Strafen an einzelnen AktivistInnen zu lähmen. Dies passt auch in eine gesellschaftliche Tendenz zunehmender Akzeptanz von Repression. Dabei wird der Gebrauch von Instrumenten, die für gewisse Taten eingeführt werden, ausgeweitet: Beispielsweise wurde der «Onlinepranger» für Tötungs- und Sexualstrafdelikte eingeführt und dann schrittweise auch gegen Fussballfans und Linke eingesetzt.

Die Bewegung zeigt jedoch, dass die Stawa die Rechnung ohne den Wirt machte. Als mit den Hausdurchsuchungen klar wurde, dass Verfahren gegen BNF-AktivistInnen angestrengt würden, und erst recht als die Prozesse starteten, politisierte dies Menschen. Bei vielen überwiegt das Bewusstsein um die Dringlichkeit radikaler Veränderungen in unserer Gesellschaft gegenüber der Angst vor negativen Konsequenzen eines politischen Engagements. Umso mehr, wenn sich die Stawa auf die Seite der Nazis schlägt und ihnen die Türen öffnet: Wir schlagen diese Türe wieder zu.

Spenden zur Unterstützung der von Repression betroffenen an:

Antirepressionsgruppe Basel, 4000 Basel
Postkonto: 60-425124-0
IBAN: CH50 0900 0000 6042 5124 0
Zahlungszweck: Basel NazifreiAuf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen.
Schreib uns!



Fortsetzung von Seite 1

Was ist heute gleich, was anders? Diese Fragen haben wir einer Genossin und einem Genossen, die in der Bronx wohnen, gestellt. Deshalb Szenenwechsel, von Chicago nach New York.

Dünya ist in wissenschaftspolitischen Zusammenhängen aktiv, Chino in dem Community-Kollektiv «Take Back the Bronx» und in der kommunistischen Organisation «Unity and Struggle». «Anders ist diesmal wohl das Ausmass der Repression» sagt Dünya, die aus der Türkei kommt und die Gezi-Protteste von Istanbul zum Vergleich heranzieht. «Dass Polizei und Militär die Protestierenden in nichtgekennzeichnete Autos verfrachten, gab es in den liberalen, mehr oder weniger sozialdemokratisch regierten Städten an der Ost- und Westküste bis jetzt nicht.» In Portland, Seattle und eben New York verhält sich nun der Repressionsapparat wie der von Militärdiktaturen. Dünya und Chino engagieren sich in der Anti-Rep Soli; die älteren Anwälte, mit denen sie in Kontakt sind, erzählten ihnen, sie hätten dieses Level an Repression das letzte Mal in den Siebzigern erlebt. «Aber die Repression provozierte auch eine Gegenreaktion, nämlich eine wachsende Solidarisierung mit den Protesten. Heute gibt es eine breite Unterstützung, viele finden Plünderungsaktionen in Ordnung», sagt Chino. «Und eine Parole wie Defund the Police», also der Polizei die Finanzierung entziehen, «hätte vor wenigen Jahren noch utopisch geklungen, aber heute wird sie weitem diskutiert.» Wobei die Parole eben auch anzeige, so Dünya, wie verschiedene politische Kräfte an der Bewegung zerrn: der Polizei «die Finanzierung zu entziehen», das ist die Sprache sozialdemokratischer NGOs. Die ursprüngliche Parole war ebenfalls praktisch, aber einiges radikaler gewesen: «Disarm, disband, disempower the police», also eine Entwaffnung, Auflösung und Entmachtung der Polizei.

Jugendliche treiben die Revolte voran

Die Protestbewegung ist aus verschiedenen Schichten zusammengesetzt. «Auf der fundamentalsten Ebene ist es eine Rebellion von Jugendlichen aus den Ghettos – sie treiben alles voran, und eigentlich bilden sie das kontinuierliche Prinzip in den Protesten, von Ferguson über Baltimore bis heute.» Aber die Bewegung verändert sich, während sie über Klassengrenzen hinweg Ausbreitung findet: NGOs, Studierende – Leute, die mediengewandt sind und mit einigem Selbstverständnis die öffentliche Rede beanspruchen. Indes gerade die Soli-Arbeit, bei der es ja darum geht, die Leute aus der Polizeizelle rauszuholen, führt einem vor Augen, wie «multi-racial» die Mobilisierungen sind: «Von wirklich jeder Ethnie, die es in New York gibt, fanden sich Leute unter der Verhafteten.»

Während es organisatorisch wenig Kontinuität zur ersten Welle von Black Lives Matter gebe – die Professionalisierung in NGOs, die es auch gibt, mal nicht mitgezählt – sei zum einen das Bewusstsein über Rassismus breiter geworden: kulturell und bildungsmässig kann man von einer «new black renaissance» der letzten Jahre sprechen, die beispielsweise die Kenntnis über die staatliche und in-

dustrielle Macht des Gefängnis-Komplexes in weite Teile der US-Gesellschaft getragen hat. Zum anderen sei das Moment der direkten Konfrontation, «dass man die Cops angreifen kann und das auch möglich ist», grösser geworden. Dazu hat die Corona-Krise einiges beigetragen. Denn als Covid-19 in New York grassierte, fand der Gouverneur von New York zuerst, eine Ausgangssperre sei «unamerikanisch». Sobald aber die Riots losgingen, hiess es sofort: Ausgangssperre, jeden Abend ab 20 Uhr. Die Wut über die zweierlei Ellen, mit denen hier gemessen wurde, gab den Protesten weiteren Auftrieb.

Community-Arbeit in der Bronx

Covid-19 hat nicht nur die Klassengraben vertieft, die vom System des Rassismus geprägt sind. Vor allem hat Corona ein Schlaglicht auf diese Gräben geworfen. Die Bronx ist der ärmste der fünf Stadtbezirke New Yorks. Während Manhattan mit seinen Shoppingzentren und Konzernsitzen zur Geisterstadt mutierte, da die Businessleute ins home office abwanderten und der Tourismus ausblieb, waren die U-Bahnwagen in der Bronx immer noch gut gefüllt. Hier wohnen Leute, die zur Arbeit müssen, nicht zuletzt, weil sie im Verkauf oder im Gesundheitswesen arbeiten. Die Bronx ist auch der Bezirk mit den meisten Covid-Fällen. Die schlichten Eckdaten der Armut zeichnen das Profil der Pandemie: dicht gedrängte Wohnverhältnisse, schlechte Gesundheitsversorgung, die Risiken, denen «essential workers», die in der Grundversorgung arbeiten, ausgesetzt sind. Take Back the Bronx, die Nachbarschaftsgruppe, in der Chino organisiert ist, kämpft für «community control», eine Maxime, die auf die Black Panthers zurückgeht. Dazu gehören «truce work», also eine Organisation von Jugendgangs, sowie eine selbstorganisierte Gartenanlage, eine Zeitlang ein Community Center und vor allem Mietkämpfe. Weil die Corona-Krise sie arbeitslos macht, droht vielen MieterInnen in der Bronx die Zwangsäumung der Wohnung. Das wiederum macht die Parole einer «Kontrolle von unten über das Wohnen» zu einem sehr praxisnahen Kampffeld. Weiter ist der Kampf gegen Polizeigewalt seit je her ein wichtiger Pfeiler des Kollektivs gewesen. In den heutigen Aufständen kommt das alles zusammen. Chino greift ein Zitat des karibischen Revolutionärs C.L.R. James auf: «Im Kampf der Schwarzen kommt das Proletariat als Ganzes zum Vorschein», und erläutert das so: «Von der konkreten Rebellion gegen Polizeigewalt geht ein Impuls aus, der weiter weist in Richtung auf Konfrontation und Klassen-solidarität.» Die Covid-Krise hat weitem die Bedeutung von gegenseitiger Hilfe und care-Arbeit hervorgehoben, die seit je das Herzstück revolutionärer Community-Arbeit ausmacht.

Die Zerschlagung des Knastsystems

Im Gespräch weisen Dünya und Chino immer wieder auf einen zentralen Begriff hin, der zugleich eine Geschichte wie eine Perspektive beinhaltet: «Abolition». Die Befreiung von der Sklaverei als unabgeschlossenem Kampf verweist auf eine tiefe geschichtliche Kontinuität

der gegenwärtigen Revolten. Die Brutalität der Polizei reiht sich in eine stets wandelnde Tradition der Gewalt ein. Diese reicht von den Plantagenaufsehern im 19. Jahrhundert über die Lynchmobs des frühen 20. Jahrhunderts und die Einrichtung der Polizei als staatlichem Management der Gewalt bis zur Herausbildung des gefängnisindustriellen Komplex, in dem heute aus der Einsperrung Profite geschlagen werden. In ihrer Rede in Chicago von 2013 hatte Angela Davis gleichfalls «Abolition» auf die Agenda für einen Feminismus des 21. Jahrhunderts gesetzt. «Abolition», das Projekt, die Sklaverei in ihren verschiedenen Erscheinungen abzuschaffen, bestehe sie im Gefängnisystem oder als Lohnsklaverei, ist ein Projekt, in dem sich Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft verschränken. Das letzte Wort in ihrer Rede hatte Angela Davis einer anderen Schwarzen Revolutionärin gegeben, Assata Shakur, die noch heute im Exil auf Kuba ist, weil ihr in den USA lebenslange Haft droht. Davis zitierte Shakur mit den Worten, sie solle sich weniger um sich selbst als Flüchtlingsfrau als um die Jugend: «Unsere Jungen haben eine Zukunft verdient, und ich sehe es als Gebot meiner VorfahrInnen, Teil des Kampfes zu sein, um ihnen eine Zukunft zu ermöglichen.»

Corona und die Knäste:

Eine krasse Auswirkung des rassistischen US-amerikanischen Knastsystems hat sich diesen Sommer an der Westküste gezeigt. Aufgrund der langanhaltenden Dürre, infrastrukturellem Missmanagement und Gewittern gab es hunderte Grossbrände in Kalifornien. Für die Bekämpfung solcher Feuer werden mehrheitlich Häftlingsbrigaden eingesetzt: Für ein paar Dollar am Tag müssen diese die harte und gefährliche Arbeit übernehmen. Nirgends auf der Welt sitzt ein so grosser Anteil der Bevölkerung in den Knästen wie in den USA. Aufgrund der massenhaften Inhaftierungen stünden zwar viele Personen für die Feuerbekämpfung zur Verfügung, doch nicht überraschend hat die Corona-Pandemie die notorisch überbelegten US-amerikanischen Gefängnisse besonders hart getroffen: Die Gefängnisanstalt in San Quentin in San Francisco verzeichnete beispielsweise 2000 infizierte Insassen. Das sind mehr als zwei Drittel der Gefangenen. Die restlichen Insassen befinden sich aufgrund der Pandemie im Lockdown. Das ist für alle Betroffenen eine Katastrophe: Die Waldbrände brennen mangels Feuerbrigaden weiter, die verbleibenden Gefangenen werden im Gegensatz zur restlichen Bevölkerung als letztes evakuiert und in den Gefängnissen mit landesweit insgesamt mehr als 2 Millionen Insassen verbreitet sich Corona unkontrolliert weiter. Doch wer einen derart grossen Teil seiner Bevölkerung inhaftiert hält und wer notwendige Arbeitsstellen aus Kostengründen in die Gefängnisse ausgelagert hat, muss sich nicht über solche Probleme wundern.



INTERVIEW

Was die Jugend antreibt

Klimabewegung, feministische Kämpfe, antirassistische Proteste: Diese und viele andere Bewegungen waren in den letzten Jahren in der Schweiz im öffentlichen Raum präsent. Von einer eigentlichen Jugendbewegung kann nicht, oder nur teilweise, gesprochen werden. Aber immer waren Jugendliche und junge Menschen als treibende Kräfte mit dabei.

(gpw/agbs/agw) In der Schweiz gibt es viele revolutionäre Jugendgruppen. Einige davon gibt es seit mehreren Jahren, andere erst seit kurzem. Wir haben vier von ihnen angeschrieben und wollten von ihnen wissen, wer sie sind, was sie antreibt und was für Aktivitäten sie betreiben. Befragt wurden: Die Revolutionäre Jugend Zürich (RJZ), eine Jugendgruppe aus Bern, das Revolutionäre Jugendbündnis Winterthur (RJBW) und die Revolutionäre Jugend Basel (RJB). Wir werden in den nächsten vier Nummern der Zeitung je ein Interview abdrucken und beginnen mit der RJZ.

Was hat euer Interesse für Politik geweckt und geprägt? Welche politischen Erfahrungen habt ihr gemacht, bevor ihr euch der RJZ angeschlossen habt?

Frida: Ich kam mit acht Jahren zu den Roten Falken und ging schon früh auf Demonstrationen, meine Familie war schon politisch. Als ich 13 Jahre alt war habe ich mich das erste Mal in der eigenen Gruppe politisch organisiert, danach habe ich den Schritt zur RJZ gemacht.

Büezer: Ich hatte mit einem Freund aus der Fussballfan-Kurve viele politische Diskussionen, wurde von ihm politisiert und ging mit ihm an meine ersten Demos.

Camilo: Ich kann nicht sagen, was genau mich entscheidend geprägt hat. Ich hatte sicher schon als Kind einen ausgeprägten Gerechtigkeitsinn und Interesse für Geschichte. Rückblickend sehr wichtig waren Erfahrungen mit Rassismus und Nazis. Ich bin nicht in der Stadt, sondern eher ländlich geprägt aufgewachsen. Zusammen mit Freunden wollten wir dann den Nazis entgegentreten und etwas machen. Wir haben Antifaarbeit gemacht, mit Kleber und Sprays.

Was hat euch dazu bewegt, bei einer Jugendorganisation mitzumachen? Was ist anders wenn man organisiert ist?

F: Ich wollte aktiv sein und bleiben. Organisiert und im Austausch mit anderen geht das einfacher und man entwickelt sich weiter.

B: Ich wollte mehr wissen und machen, wollte mitorganisieren.

C: Als ich anfing Antifaarbeit zu machen, ging es relativ schnell mit der Organisation. Wenn man sich exponiert in einem Umfeld, das dem nicht unbedingt positiv gegenübersteht, dann macht man sich angreifbar. Ich habe gemerkt, dass die Stärke im Kollektiv liegt. Vom Wissen anderer profitieren, zusammen diskutieren und mehr Handlungsmöglichkeiten.

Wie würdet ihr eure Organisation beschreiben?

C: Uns gibt es seit 2008. Unser Plenum ist das zentralste Element, wenn man mitmachen will. Es ist der Ort, wo unsere Politik gemacht, Diskussionen geführt und Entscheide gefällt werden. Die RJZ ist ein Organisierungsvorschlag für die Jugend mit antikapitalistischen und revolutionären Grundsätzen. Es gibt innerhalb unserer Organisation eine grosse Bandbreite an Positionen. Es ist ein Ort um erste Erfahrungen

gen mit revolutionärer Politik zu machen und gleichzeitig das Jugendplenum des revolutionären Aufbaus.

Zu welchen Themen arbeitet ihr im Moment hauptsächlich?

F: Sachen, die die Jugend direkt betreffen: Stadtaufwertung, Frauenkampf, aber auch Internationalismus. Kultur ist auch ein Punkt wo man die Jugend abholen kann. Wir machen illegale Partys, können so einen Raum öffnen für die Jugend in der Stadt wo Geld keine Rolle spielt. Es entsteht eine niederschwellige Organisation der Jugend auf der Strasse, einfach dadurch, dass man gemeinsam feiert.

C: Die Strasse als Ort der politischen Auseinandersetzung ist für uns zentral. Im Zusammenhang mit Corona ist Klassenkampf viel expliziter in den Vordergrund gerückt, dort ist ja auch die Jugend direkt betroffen.

B: Auch Antifa und Kurdistan sind in letzter Zeit wieder wichtiger geworden. Bei allen Themen ist uns wichtig, auch die militante Praxis auf die Strasse zu tragen.

Was wollt ihr erreichen, wo wollt ihr hin?

B: Wir wollen den Widerstand kontinuierlich führen und verstärken. Bis zum Ziel einer Revolution. Wir wollen Möglichkeiten aufzeigen, wie man kämpfen kann.

C: Die Jugend organisieren und revolutionäre Politik aufrecht zu erhalten, auch wenn wir als Linke aktuell in der Defensive sind. Es geht darum, Schritte vorwärts machen zu können, auch wenn es im Moment nicht zum absoluten Ziel einer Revolution reicht.

Vor welchen Herausforderungen standet ihr seit eurer Gründung?

C: Wir haben in den verschiedensten Bereichen dazugelernt. Beispielsweise im Umgang mit Repression. Der Revolutionäre Aufbau und die Rote Hilfe konnten uns natürlich viel Erfahrungen zur Verfügung stellen. Wir haben viel gelernt im Umgang mit anderen Bewegungen: Was für ein Verhältnis nehmen wir zu ihnen ein? Wie können wir dort authentisch aktiv sein?

Wir hatten als Kollektiv mit verschiedensten Problemen zu tun, von politischen Widersprüchen bis zu zwischenmenschlichen Konflikten wo wir einen Umgang finden mussten. Unser Repertoire an Handlungsmöglichkeiten ist heute viel grösser. Als die RJZ noch klein war, haben sich alle schnell beteiligt bei irgend etwas. Irgendwann war die RJZ zu gross und hat sich auseinanderentwickelt. Wir haben dann gemerkt, da muss man Gegensteuer geben und das konnten wir auch umsetzen in letzter Zeit.

Wie habt ihr euch über die Jahre verändert?

F: Wir sind mehr Frauen. Unsere Themen haben sich dadurch verändert. Wir machen viel zum Frauenkampf, der 8. März ist eine unserer stärksten Kampagnen. Man findet auch immer neue Formen. Wir werden mehr Leute und es gibt viele Wechsel, aber man kann viel voneinander lernen. Auch die Alten von den Jungen.

C: Dass es viele Wechsel gibt, gehört dazu. Wir haben es aber geschafft, zu vielen Themen eine Kontinuität zu gewährleisten, so dass wir nicht immer wieder bei Null anfangen. Früher waren die meisten von uns am Gymi oder an der Uni. Heute ist das viel ausgewogener, viele machen eine Lehre oder arbeiten bereits.

Wie ist euer Verhältnis zu anderen Bewegungen und Kämpfen in eurer Stadt?

F: Wir arbeiten mit ausserparlamentarischen und antikapitalistischen Kräften zusammen. Wir schauen wo wir uns entlang unserer Prinzipien einbringen können.

B: Wir sind auch in vielen langjährigen Bündnissen und Kampagnen aktiv.

C: Es gibt immer wieder Berührungspunkte zu ganz unterschiedlichen Kräften. Mit HausbesetzerInnen oder der anarchistischen Bewegung. Die Praxis ist für uns etwas sehr Entscheidendes. Dann gibt es Bewegungen, die kommen und gehen. Beispielsweise zu der „Refugees Welcome“-SchülerInnenbewegung hatten wir einen sehr guten Draht. Zum Klimastreik auch, aber dort ist es kompliziert, da er grösser geworden ist und sich auch reformistische Kräfte dort bewegen.

Was sind die verschiedenen Mittel und Formen eurer Politik?

C: Von Sozialen Medien bis hin zu Demos. Wir wollen nicht parlamentarisch, sondern antikapitalistisch sein und das mit Militanz zum Ausdruck bringen. Sie ist aber keine Voraussetzung um mitzumachen. Wir wollen natürlich auch austeilern, wir wollen nicht zahnlos sein, sondern denen, die uns im Alltag ausbeuten auch mal eins auswaschen.

F: Du hast jetzt viel Praktisches erwähnt. Wir haben auch viele inhaltliche Diskussionen, machen Schulungen. Wir bilden uns weiter, damit wir unsere Inhalte in den Formen, die du erwähnt hast, auf die Strasse tragen können. Viele meinen, dass man bei uns nur mitmachen kann, wenn man schon viele Bücher gelesen hat. Das stimmt nicht, denn wir sind genau der Ort, wo man sich auf vielfältige Art und Weise weiter entwickeln kann.

B: Wir organisieren auch einmal im Jahr ein Lager, wo man Sachen bespricht in einem anderen Umfeld als hier in Zürich, wo man schnell vom Alltag abgelenkt ist. Auch ein gewöhnliches Alltagsthema kann Ausgang einer Diskussion sein, aus dem sich etwas Spannendes entwickelt.

Warum braucht die Jugend eigene Strukturen?

B: Die Jugend ist die Zukunft und viele Bewegungen haben mit der Jugend angefangen. Die Jugend bringt viele Impulse, die dann zusammen mit der Erfahrung eine sehr gute Wirkung haben. Die Hemmschwelle ist kleiner, sich einer Jugendorganisation anzuschliessen.

Gibt es Zusammenarbeit mit anderen Jugendorganisationen in anderen Städten?

B: Die Vernetzung mit anderen Jugendgruppen aus der Schweiz ist für uns sehr wichtig. Bereits zweimal gab es den revolutionären Jugendkongress mit Organisationen aus verschiedenen Städten. Wir haben zusammen zu verschiedenen Themen Aktivitäten organisiert. Die grosse Afrin-Demo in Bern ist so entstanden. Zum WEF und zur Stadtaufwertung gab es viel Zusammenarbeit. Die Auseinandersetzung mit Unterschieden und Widersprüchen bringen uns weiter.

C: Gegenseitiger Austausch und das Teilen von Erfahrung mit jungen neuen Gruppen ist uns wichtig. Wir sind aktuell politisch stark rot geprägt, aber wie schon gesagt, es geht um Antikapitalismus und Revolution grundsätzlich. Da haben wir eine Offenheit, solange es in der Praxis funktioniert.

ACHZGI

«Legal, illegal, Scheissegal»

In Zürich feiert man das 40ste Jubiläum der Achtziger-Bewegung. Wir sprachen mit einer Genossin von uns darüber, wie sie war.

(agj) Vielfach wird das Erbe der Achtziger-Bewegung – eine facettenreiche Bewegung der Jugend mit starkem Fokus in Zürich – auf ihre kulturellen Überbleibsel reduziert. Räume wie die Rote Fabrik, das Xenix oder der Provitreff, allesamt mehr oder weniger alternative Kulturräume in der Stadt, stehen im Zentrum, weil sie ein Produkt dieser Zeit sind. Darüber, was das Achtzgi politisch darstellt, wird aber wenig gesprochen. Wie siehst du das – wie war das damals?

Die Achtziger-Bewegung einfach als unpolitisch abzutun, die sich nur um kulturelle Räume gekümmert hat, ist eine völlig verkürzte Betrachtungsweise davon, was war. Das wird der Bewegung nicht gerecht. Oft dreht sich diese Darstellung um den Opernhauskrawall, der als ein Moment gesehen werden kann, wo es erstmals kollektiv auf der Strasse explodierte. Dann heisst es, dass sich der Krawall gegen die Kultur im Opernhaus richtete. Aber das Wichtige daran war nicht das Opernhaus an sich, sondern dass es ein Symbol der Bourgeoisie in Zürich ist, welche eine sich selber zelebrierende Kultur schafft.

Es war so, dass das Opernhaus zum Ziel wurde, weil die bourgeoise Kultur dort jeden Abend durch Steuergelder subventioniert wurde. Pro Sitzplatz pro Abend 99 Franken. Anders gesagt, die Klasse zahlt den Luxus der Reichen und das wurde durchaus als ein Ausdruck des Klassenwiderspruchs verstanden: Wer hat in der Stadt das Sagen, wer bestimmt, was Kultur ist, und wer bestimmt, wessen Kultur vom Staat ganz praktisch unterstützt wird. Das kann man rein als eine Frage der Kultur anschauen, muss man aber eben nicht, weil sich darin eben letztlich der Klassencharakter des Staates zeigte. Und das stand für viele im Zentrum, das war der Grund, auf die Strasse zu gehen, und diesen ersten grossen Krawall zu machen.

Das war ein Startschuss für eine Bewegung, die mit der Zeit eine enorme Vielfalt entwickelte. Es ging nie «nur» um die Kultur. Es gab hochpolitische Momente, wie zum Beispiel eine grosse Auseinandersetzung mit Fragen wie Situation der Frauen, Lehrstellen, Jugendarbeitslosigkeit und Arbeit allgemein. Aber klar, es war zugleich ein riesiger Aufbruch in dem vieles, was als gesellschaftliches Tabu galt, was verkrustet und ewig gültig schien, aufgebrochen wurde. Vieles wurde plötzlich sichtbar, kritisierbar und veränderbar. In dem Sinne hat die Bewegung immer eine grosse Vielfalt an Anliegen gehabt, eine Kritik an der Kultur der Herrschenden, aber eben auch eine Kritik am System oder am Kapitalismus.

Ein Dreh- und Angelpunkt in der Politik ist die Eigentumsfrage, weil sie fundamental an einer Grundstütze des Kapitalismus – was ist warum wessen Eigentum und ist es richtig so, wie es heute ist. Da wird es oft grundsätzlich als lediglich eine beschränkte Kritik am System, die sich nur auf kleinere Auswüchse beschränkt. War das ein Thema?

Ja, die Eigentumsfrage spielte eine grosse Rolle, zum einen auf der Strasse in der Frage wem gehört der öffentliche Raum, zum anderen aber auch ganz materiell. Denn diese Bewegung fand auf der Strasse statt und hat sich den öffentlichen Raum angeeignet. Sie enteignete damit auch das Bestimmungsrecht des Staates: Was darfst du wo, was darfst du wo nicht, wohin darfst du gehen, welche Strassen oder Plätze darfst du dir aneignen, aber welche eben nicht.

Das Aneignen des öffentlichen Raumes war eine zentrale Sache, die immer wieder mit einer absoluten Selbstverständlichkeit geschah. Ganz egal, um welches Thema es ging, ob Knäste, Kulturräume, Lehrplätze, die Unterdrückung der Frauen oder die Drogenpolitik der Stadt, alles wurde auf die Strasse getragen. Der öffentliche Raum bekam dadurch strategischen Charakter! Auf der Strasse kamen die verschiedensten Anliegen und grundsätzlichen Kritikpunkte am System zusammen, wurden sicht- und fassbar.

Aber man ging auch ganz direkt plündern und eignete sich so Sachen an. Was nützlich war, wurde kollektiv verteilt, was unnützlich war, wurde vernichtet. Gerade wenn es Symbole des Reichtums, der Ungleichheit und Ungerechtigkeit waren, da wurde angegriffen und geraubt. Man ging zum Beispiel bei Pelzgeschäften vorbei, die symbolisch für so vieles standen. Die Pelze, die man dort holte, warf man kurzerhand in den Fluss oder Bonzenhotels wurden kurz

«besucht» und geplündert, die teuren Errungenschaften zusammen verzehrt.

Eine der anderen Sachen, für die das Achtzgi heute noch in der Bewegung bekannt ist, sind die vielen Hausbesetzungen.

Man brauchte Räume, in denen man diskutieren, sich treffen und organisieren konnte, alles kann man nicht auf der Strasse machen. Da wurde dann nicht lange überlegt, wer holt wo welche Bewilligung. Wir haben einfach bestimmt: Wir eignen uns durch Besetzungen die Räume an und bestimmen gemeinsam, wer wir sind und was wir wollen. Es braucht Orte, wo solche Organisationsprozesse stattfinden können, und die haben wir uns entsprechend geholt. Das hatte einen politischen Ausdruck, weil es Besetzungen mit dieser organisatorischen Zielsetzung waren.

Allgemein denken wir, dass die Spuren dieser Überlegungen zur Aneignung der öffentlichen Räume bis heute gibt. Der öffentliche Raum ist für jede Bewegung strategisch wichtig. Es ist der Ort, wo man zusammen kommt, und die fundamentale Kritik an Staat und Kapital fassbar macht. Das ist dann auch ein zugänglicher Ort, wo sich wiederum andere Menschen anschliessen können, und ihre eigenen politischen und sozialen Anliegen mit in den gemeinsamen Raum tragen.

In den Räumen wurde auch eine eigene Kultur entwickelt, die eine wichtige Rolle spielte, das ist selbstverständlich. Wenn eine Bewegung eine gewisse Reife erreicht, dann beginnt sie auch eine eigene Kultur zu entwickeln. Das hat einen enormen Reichtum zum Vorschein gebracht, wenn in einer derart aufbrechenden Situation sich eine eigene Kultur entwickelt. Vieles davon ist bis heute sichtbar, gewisse Stile in Musik und Bild etwa, klar wird entsprechend viel über die Kultur des Achtzgi geredet. Doch es ist wichtig, die Situation zu sehen, in der diese sich entwickelte. Man kann das eine nicht vom anderen trennen, den kulturellen vom politischen Aufbruch.

Wenn man das tut, dann verliert man eine Art «politischen Massstab». Denn wenn sich die kulturellen von den politischen Sachen entkoppeln, dann realisiert man bald gar nicht mehr, ob die nun Teil eines Aufbruchs sind, sondern Teil der Integration ins System. Es gibt zum Beispiel Produkte von damals wie eine Rote Fabrik, die damals Teil des Aufbruchs waren und heute einer Befriedung dienen. Der Ort wurde der Bewegung zugestanden, weil sie der Stadt in einer Bruchposition entgegenstand, also aus einem Kräfteverhältnis und einer Positionierung. Aber die Rote Fabrik wurde dann schnell eine Art «Integrationsangebot» des Staates, da er einen Raum zugestand, dessen Spielregeln aber durch sie bestimmt wurde, nicht durch uns.

Überhaupt: Die Militanz auf der Strasse als Ausdruck der Bruchposition ist auch eines dieser überlieferten Bilder.

Weil der öffentliche Raum der Ort war, wo unsere Politik stattfand, gab es dort die Konfrontation mit dem Staat, der sehr hilflos reagiert hat. Sie haben sehr lange gebraucht, das Geschehene zu verstehen und brauchten entsprechend lange

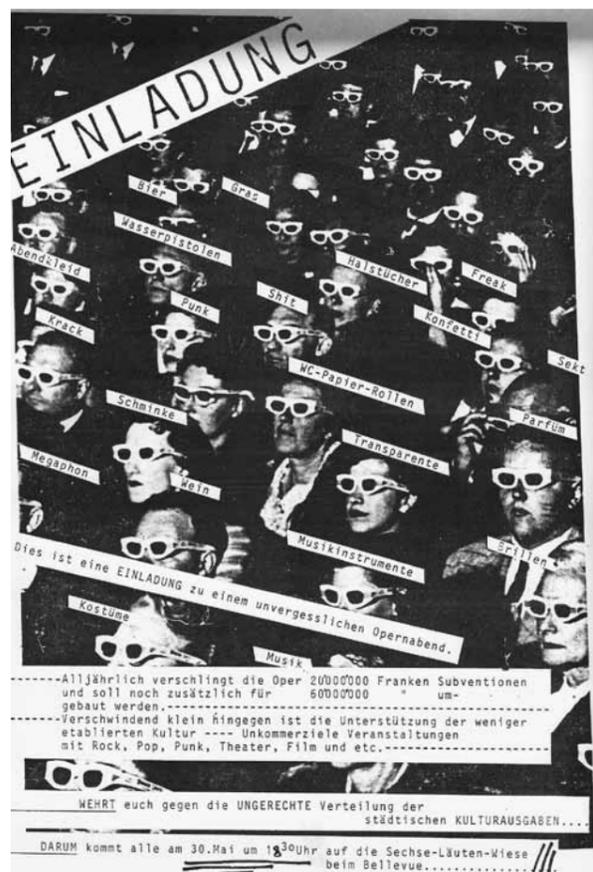
Zeit, sich zu organisieren um uns taktisch etwas entgegen zu setzen. Die Antwort der Bewegung liess nicht auf sich warten. Man hat gelernt, wurde flexibel und kreativ, um immer einen Schritt voraus zu sein. Als sie sich auf der Strasse der kompakten Masse entgegenzusetzen konnten, haben wir erfolgreich auf die Strategie der kleinen, beweglichen und unberechenbaren Gruppen gewechselt. Natürlich haben wir sie beobachtet, ihren Funk abgehört und versucht, ihnen immer einen Schritt voraus zu sein. In einer solchen Bewegung, bei der man viele ist und eine gemeinsame Strassenkultur hat, kamen Spontaneität und Organisation zusammen. Die Tradition der Strassenkämpfe hatte eine grosse Bedeutung in der Bewegung und Erfahrungen von damals helfen auch heute noch. Beispielsweise in der Frage des Selbstschutzes auf der Strasse, etwa in Sachen Identifizierung, Szenarienbildung usw. «Black Block» entstand in Zürich aus einem Selbstschutz-Organisationskonzept heraus. Der international bekannte «Zürcher 1. Mai» schöpfte aus dieser Dynamik heraus viel Kraft und Entschlossenheit.

Aus den Erfahrungen der Strassenschlachten gab es dann viele Diskussionen zur Militanz. Verschiedenste Gruppen bildeten sich, die auf unterschiedlichste Weisen zu Fragen der Gewaltanwendung, revolutionären Gewalt und Massengewalt praktisch handelten. Das Gewaltmonopol des Staates wurde grundsätzlich nicht anerkannt, die einen praktischer als andere. Es gab dann auch Gefangene aus der Bewegung und ihrer Politik selber, aber auch für Claudia und Jüre, die wegen Sprengstoff angeklagt wurden. Dazu gab es viel Solidarität, sie waren Teil der Bewegung, gehörten dazu und so war es nur logisch, dass man sich verhielt. Das zeigt etwas auf über das selbstverständliche Verhältnis der Bewegung zur Frage des militanten Kampfes.

Wir wurden sowieso konfrontiert mit einem ganzen Repressionsapparat des Staates: Die Polizei, der Nachrichtendienst, das Gericht, der Knast, und das Selbstverständnis war immer, dass es einzelne trifft, aber alle meint. Sehr schnell entstand die «Knastgruppe», die sich um so Fragen kümmerte, die mit dem Anwaltskollektiv zusammenarbeitete. Es gab viele politische Anwälte und Anwältinnen, die entweder selber Teil der Bewegung waren oder sich klar solidarisierten und man stellte der Welle der Repression gemeinsam und praktisch etwas entgegen: offensiv und sie «verarschend».

Der Prozessboykott war eine Form, wo wir breit gezeigt haben, dass wir die Gerichtssäle und das Monopol der Gerichte, über dich und die Bewegung entscheiden zu können, nicht akzeptiert haben. «Legal, illegal, scheissegal» war eine dieser Parolen. Es gab zum Beispiel auch Laienverteidigungen, bei denen wir gesagt haben, wir brauchen nicht die vom Staate anerkannten Anwälte. Wir haben uns die Prozesssäle angeeignet, Theater aufgeführt und die Säle und Gerichte wurden überfüllt mit Menschen. Wenn wir wieder weg waren, war alles vollgetaggt mit unseren Parolen. Es war sehr aufrührerisch und rebellisch geprägt, dieses Verhältnis zu den Gerichten.

Jede Bewegung, ob 68, 70 oder 80, hinterlässt eine Spur der Erkenntnisse und Erfahrungen. Sie prägt den widerständischen, revolutionären Prozess, an diese Spur anzuknüpfen ist eine interessante Herausforderung. Erinnern heisst für die Perspektive zu kämpfen.



Original Mobilisierungsflyer

KINDERTAGESSTÄTTEN

«Nun haut es uns endgültig den Nuggi raus»

In der ausserschulischen Kinderbetreuung stehen die Zeichen für einen Gesamtarbeitsvertrag gut. Doch die Betreuenden dürfen das Heft nicht aus der Hand geben.

(az) Auch der Kinderbetreuung wurde während des Covid-Lockdowns der Orden «systemrelevant» verliehen. Seitdem fragen sich die Betreuenden, wann wohl aus der Anerkennung auch reale Verbesserungen entstehen. Die Basisgruppe «Trotzphase» hat darum die Initiative ergriffen und ruft für den 26. September zu einer Demonstration in Zürich auf. Sie liegen mit dem Zeitpunkt richtig, denn es laufen im Bereich verschiedene Initiativen, die an der Basis vorbeilaufen. Um ihre Situation wirklich zu verbessern, müssen sich die Betreuenden auch gegen Vereinnahmung wehren.

Im Strudel des Marktes

Die Kindertagesstätten (Kitas) sind ein Paradebeispiel für die Widersinnigkeiten, die der Markt bei gesellschaftlich reproduktiver Arbeit wie Kinderbetreuung, medizinischer, psychischer oder sozialer Unterstützung anrichtet. Der grosse Ausbauschub der Kitas erfolgte von Anfang an in einem von überwiegend privaten AnbieterInnen dominierten Umfeld. In der Deutschschweiz stellen die meisten Kantone nur verhältnismässig wenige Anforderungen an die Betriebe, bei gleichzeitig möglichst geringer finanzieller Unterstützung. Unter diesen Vorzeichen erstauern die Probleme, die im Arbeitsalltag von Betreuenden auftauchen, nicht im Geringsten: Zu viele Kinder zu betreuen, viel Stress und psychische Belastung, schlechte Anstellungsbedingungen, mieser Lohn und wenig Berufsperspektiven. Der Markt soll bei Arbeit, die nicht rentiert, also in erster Linie die Kosten tief halten.

Der Mangel an guten, verbindlichen Standards wird kontinuierlich von der «Trotzphase» und anderen Organisationen kritisiert. Auch dank deren politischer Basisarbeit hat sich in den letzten Jahren zunehmend Bewusstsein und Organisation gebildet. Eine konkrete Forderung der «Trotzphase» ist ein Gesamtarbeitsvertrag, der gute Löhne, Anstellungs- und Ausbildungsbedingungen festlegen soll. Der Kanton Zürich wiederum legt in seinen Anforderungen weitere Grundstandards, wie beispielsweise den Betreuungsschlüssel (wie viele Kinder pro betreuender Person) oder Anforderungen an die Qualifikation der Angestellten in den Kitas fest. Zürich steht dort im Vergleich mit anderen Kantonen relativ schlecht da.

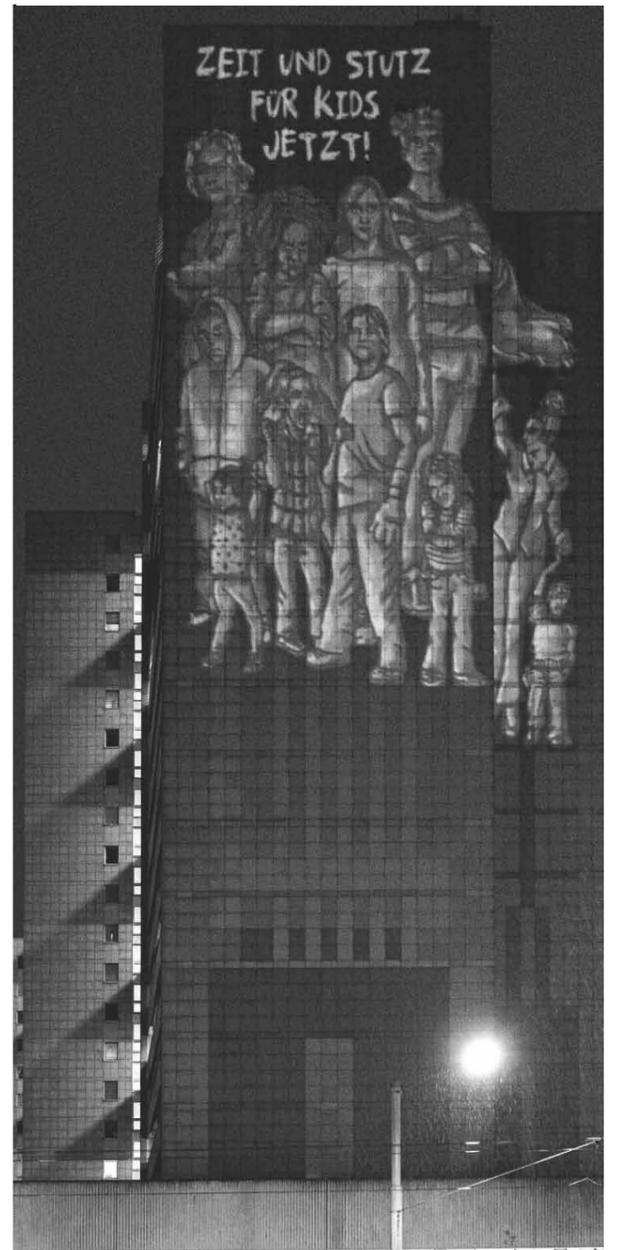
Das dürfte dazu beigetragen haben, dass sich selbst der Zürcher Sozialvorsteher Raphael Golta nun grundsätzlich positiv zur Einführung eines GAV für ausserschulische Betreuung geäussert hat. Sind die Betreuenden also am Ziel angelangt?

Verordnete GAVs

Der Kanton Waadt hat schon seit Anfang 2019 einen Gesamtarbeitsvertrag. Dort hat der mehrheitlich sozialdemokratisch geprägte Regierungsrat GAV-Verhandlungen angestossen und Gewerkschaften und Kita-Verbände an einen Tisch gesetzt. Dieses Modell gilt nun auch in der Deutschschweiz als Vorbild für sozialdemokratische Kräfte in den Gewerkschaftsspitzen und Regierungen. Eine ganze Reihe von politischen Vorstössen in den Parlamenten befassen sich in jüngerer Vergangenheit mit den Arbeits- und Betreuungsbedingungen in den Kitas.

Nun ist es einerseits erfreulich, dass die Probleme erkannt werden, doch laufen die Betreuenden Gefahr, dass über ihren Kopf hinweg «Verbesserungen» eingeführt werden, die nicht oder nur ungenügend in ihrem Alltag ankommen. Noch wiegelt Regierungsrätin Silvia Steiner die aufbegehrenden Angestellten wie seit Jahren mit fadenscheinigen Argumenten ab. Das erstaunt nicht weiter, denn es geht bei den Verbesserungen um sehr viel Geld und die politische Allianz aus reaktionären und neoliberalen Kräften hat den Kita-Ausbau bis jetzt in marktförmige Bahnen lenken und die Kosten möglichst tief halten können.

Wenn die sozialdemokratischen Spitzen nun GAV-Verhandlungen staatlich vorschreiben wollen, werden sie sich schliesslich auf einen Kompromiss mit den knappen Kassen und denjenigen einlassen, die zurzeit auch die Minimallösung im Vaterschaftsurlaub bekämpfen. Die Kita-Betreibenden hingegen sind auf mehr Ressourcen aus, werden in GAV-Verhandlungen ihre eigenen Interessen vertreten und Lohnkosten tief halten wollen. Ein formell verordneter GAV droht deshalb ein schlechter GAV zu werden und dem politischen Elan, der sich in den letzten Jahren im Widerstand der Kinderbetreuenden aufgebaut hat, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die einzige Kraft, die das verhindern kann, sind die Betreuenden an der Basis. Durch ihr Engagement sind die Dinge im Kinderbetreuungsbereich erst in Bewegung geraten, nur durch ihren kontinuierlichen Kampf werden sich gute Arbeitsbedingungen durchsetzen



Projektion ans Lochergut anlässlich des ausgerufenen Tages der Kinderbetreuung

GESUNDHEITSWESEN

Die SolidaritätspredigerInnen sind die KaputtsparerInnen

Solidarität mit dem Pflegepersonal war in aller Munde, aber keinerlei praktische, materielle Unterstützung. Nun sitzen die Spitäler auf riesigen Defiziten und die nächsten Abbaurunden kündigen sich an.

(az) Was die Pandemie zu versprechen schien, war ein gesteigertes Bewusstsein für den Stellenwert der Sorge-Arbeit im Allgemeinen, im Speziellen der Spitäler und Pflegezentren. Alle sprachen von Solidarität und dies hiess: die Kurve flach halten, damit das von der jahrelangen Sparpolitik gebeutelte Gesundheitswesen mit dem Virus Schritt halten kann. Verlogen, denn einerseits bewegte sich die Solidarität mit dem Pflegepersonal auf rein symbolischer Ebene – ein Schokohase zu Ostern für die IntensivpflegerInnen des Triemlis, deren Schichten auf zwölf bis dreizehn Stunden erhöht worden waren – und zweitens lag die Aufmerksamkeit nur auf den Betten der Intensivpflege. Dass daneben in den Pflegezentren mit völlig ungeeigneter Infrastruktur Covid-PatientInnen inmitten der am stärksten gefährdeten PatientInnen untergebracht wurden, führte zum zu erwartenden Resultat: Besuch bekommen durften diese PatientInnen nicht, aber sie starben trotzdem, unübertrieben, in Massen. Der öffentliche Aufschrei, die ewig gepredigte 'Solidarität mit den Alten und Gefährdeten' blieb jedoch aus. Ebenso jene mit dem Personal, dem der Direktor der Kantonalen Gesundheitsdirektoren Lukas Engelberger schon im Juni resolut mitteilte, Lohnerhöhungen in der Pflege kämen nicht in Frage.

Nach dem Ende des Lockdowns und vor einer aus epidemiologischer Sicht unklaren Zukunft, hören wir nun nichts mehr von Solidarität und sei sie nur symbolisch. Im Gegenteil: Die Spitäler, die während des Lockdowns alle nicht-überlebenswichtigen Behandlungen hatten vertagen

müssen, arbeiten heute auf Hochtouren, um ihr Budget wieder in den Griff zu bekommen und verzeichnen dennoch nicht überraschend Rekorddefizite. Beim gegebenen Finanzierungsmodell, den Fallkostenpauschalen, die Bezahlung pro Fall vorsehen, ist das Defizit Programm, wenn die Fälle wegfallen. Aber während der Bundesrat Milliarden für verschiedene Wirtschaftszweige sprach und Kurzarbeit gewährte, unabhängig davon, ob der Betrieb selbst genügend Reserven hatte, stand finanzielle Hilfe für die in Not geratenen Spitäler nie zur Debatte. Das neoliberale Programm sieht das Gesundheitswesen nach wie vor als Profitzentrum an, Pandemie hin oder her.

Angekündigte Strukturmassnahmen

Aus St. Gallen sind nun die Zahlen bekannt, die dortigen Spitalverbände haben mitgeteilt, dass ein Defizit von 94 Millionen für das Jahr 2020 angenommen werde. Selbst wenn die Ertragsausfälle in der Grundversicherung von 54 Millionen Franken vom Kanton vollständig übernommen würden, bliebe ein Defizit von über 40 Millionen Franken, und da seien Einnahmeausfälle aus der Zusatzversicherung noch nicht mitgerechnet. Die Schlussfolgerungen, die der Präsident des Verwaltungsrates der St. Galler Spitalverbände zieht, fallen alarmierend aus; «Die finanziellen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie akzentuieren die Dringlichkeit von Strukturmassnahmen und haben den Handlungsbedarf in finanzieller Hinsicht noch erhöht.» Strukturmassnahmen in diesem System bedeuten aber immer das Gleiche: Spitalschliessungen, Privatisierungen, noch mehr Pflegenotstand. Gleiches vertritt die Zürcher Gesundheitsdirektorin Rickli aus der SVP. Sie meinte im Interview, das Gesundheitswesen im Kanton Zürich habe sich bewährt. «Wir sind nie an eine Grenze

gestossen.» Reiner Zynismus, wenn wir uns die Situation in den Pflegezentren nochmals vor Augen führen. Und weiter gab sie der NZZ zu Protokoll, die Fokussierung auf Leistungen werde wohl dazu führen, «dass wir künftig weniger Spitäler brauchen werden.» Die Ausrichtung der Spitäler auf Wettbewerb sei gut und solle so bleiben.

Ausstieg aus den DRG!

Da fällt der VR-Präsident der Berner Insel-Gruppe Bernhard Pulver, der eine Abschaffung der Fallkostenpauschalen (DRG) fordert, um die Spitäler zu retten, überraschend positiv auf. Er argumentiert so, wie das ein vernünftiger Mensch tun sollte, als potentieller Patient eines Spitals. Er wüsche sich eine Medizin, «bei welcher der Arzt oder die Ärztin mich als Patienten sieht und nicht als möglichen Umsatz.» Statt eines Modells, das Anreize für die Durchführung möglichst vieler Eingriffe schaffe, brauche es ein Modell, in dem die Spitäler für das «Erhalten der Gesundheit» bezahlt werden. Damit reiht sich dieser VR-Präsident in die Reihe der KritikerInnen ein, momentan fordern vor allem die deutsche Gewerkschaft ver.di den sofortigen Ausstieg aus den DRG. Bei den Schweizer Gewerkschaften fehlt diese Diskussion.

Wird es im Herbst, wenn Covid-Fallzahlen steigen sollten, freie Betten geben? Das wird sich zeigen. Ebenfalls, wer das Defizit der Spitäler berappen soll. Darüber wird nach wie vor gestritten. Wer auf die Hardbrücke gesprayed hat «Die Solidaritätsprediger von heute sind die Kaputtsparer von gestern» tat das in kluger Kenntnis des Gesundheitswesens. Er_sie hätte einzig «und von morgen» ergänzen sollen.



«The U.S. Mail is NOT for Sale»: Eine seit mehreren Jahren laufende gewerkschaftliche Kampagne gegen den Ausverkauf der Post.

USA

Chronik eines angekündigten Todes

Die amerikanische Post steht unter Druck. Nicht erst seit Corona ist der US Postal Service (USPS) defizitär, doch nun steht plötzlich die Privatisierung wieder zur Debatte. Ein Beispiel dafür, wie die Krise zum forcierten Strukturwandel genutzt wird.

(az) Auf den ersten Blick erscheint es wie eine weitere Episode eines skurrilen Wahlkampfes. Immer wieder warnte Trump in den vergangenen Wochen vor den Folgen der Briefwahl. So könne man sich nicht sicher sein, ob die Stimmen rechtzeitig ausgezählt würden. Vielleicht gehe es deswegen nach dem 3. November noch Monate, bis der Sieger feststehen würde. Der Vorwurf, dass die Post, eine Behörde mit mehr als 500'000 Angestellten, nicht fähig sein soll, Wahlunterlagen rechtzeitig auszuliefern, ist eigentlich ein Affront. Doch weit gefehlt, warnte der USPS Mitte August in einem öffentlichen Brief selbst davor, dass man nicht für einen reibungslosen Ablauf garantieren könne.

Da schien es etwas merkwürdig, dass aus internen Papieren gleichzeitig bekannt wurde, dass in den vergangenen Wochen aus Spargründen Sortiermaschinen abgebaut wurden. Dieser Widerspruch lässt sich leicht auflösen. Trump hat seine neuste Attacke auf den USPS gut eingefädelt. Im Mai 2020 ernannte er den bisher im Postwesen unerfahrenen Louis DeJoy zum neuen CEO des USPS. Der republikanische Geschäftsmann kündigte sogleich an, dass er aus Kostengründen Überstunden verbieten, Wahlunterlagen als normale Massensendungen versenden werde oder eben Sortiermaschinen abbauen würde.

Es geht um die Privatisierung

Dass es so schlecht um die Post steht, hat die Regierung selbst zu verschulden. Der bereits zuvor unter der Konkurrenz und dem Niedergang der Briefpost leidende USPS hatte in den vergangenen Monaten bis zu 50 Prozent seiner Einnahmen verloren. Der Post droht das Geld auszugehen. Doch immer wieder legte die Regierung Trump in den vergangenen Monaten ihr Veto ein, wenn es darum ging, dem USPS Geld aus den verschiedenen Konjunkturprogrammen zu verteilen – aktuell wird zwar weiter darum gestritten, doch mittlerweile zeichnen sich Lösungen ab. Viele sehen in Trumps Angriffe ein wahltaktisches Kalkül. Trump sieht sich von der Briefwahl benachteiligt und versucht alles, um sie zu erschweren. Träfen nun Wahlunterlagen zu spät ein, könnte dies zu weggeworfenen Stimmen führen. Davon betroffen wären tendenziell jene Stimmen, die den Demokraten zufallen.

Wie viel Wahlmanöver tatsächlich in Trumps Plänen steckt, lässt sich schwer beurteilen. Langfristige Pläne sind letztlich aber wichtiger als die wahltaktischen Spiele. So ist die seit Jahrzehnten angestrebte Privatisierung der Post durch die Krise plötzlich zum Greifen nah. Und hier zeigt sich dann tatsächlich ein einfaches Kalkül. Ist die Post einmal heruntergewirtschaftet, braucht es «immediate, lasting, and impactful changes» («sofortige, dauerhafte und wirkungsvolle Veränderungen»), wie DeJoy kurz nach Amtsantritt in einem internen Memo verlauten liess. Was unter «impactful changes» zu verstehen ist, war für alle Mitarbeitenden klar: eine Umstrukturierung, die mittelfristig eine Privatisierung vorsieht.

Zwischen Profit und Ideologie

Zu den grösseren Profiteuren einer Privatisierung könnten Amazon gehören, dessen CEO Jeff Bezos mehrfach an-

deutete, dass er geneigt wäre, Teile der USPS zu übernehmen. Dieses Bekenntnis passt nicht ganz ins Bild, da Bezos nicht gerade zum Klüngel der republikanischen Partei und ihren Kapitalfraktionen gehört. Doch wichtiger als die Frage, wer letztlich von der Zerschlagung profitieren wird, scheint für ein Teil der republikanischen Elite mittlerweile, dass die Post überhaupt privatisiert werden kann.

So gehört es seit Jahrzehnten zum Plan einiger führender liberaler Ideologen, das Postwesen dem freien Markt zu überlassen. Allen voran steht einer der reichsten Männer der Welt: Charles Koch, der seit nunmehr 50 Jahren für die Privatisierung des USPS eintritt. Bereits in den 80er-Jahren unterstützte er seinen 2019 verstorbenen Bruder David als Kandidaten der *Libertarian Party* (die «libertäre Partei»). Die ultraliberale Partei setzte es sich in ihrem Wahlprogramm explizit zum Ziel, das Postwesen zu privatisieren. Weil man jedoch einsehen musste, dass man im Zweiparteiensystem mit einer eigenen Partei wenig Erfolge erzielen konnte, begannen die Brüder bald schon anders Einfluss auf die Politik zu nehmen. Mit Milliardenbeiträgen unterstützten sie Projekte und ihnen nahe stehende Kandidierende. Dass die Post aus den ersten Hilfspaketen ausgeklammert wurde, ist beispielsweise auch dem Einfluss Koch-naher Abgeordneter zu verdanken.

Dabei geht es Koch und seinen Gefolgsleuten längst nicht mehr um das mögliche Geschäft, sondern um die umfassende Durchsetzung seiner libertären Ideologie und um ein nicht abgeschlossenes Geschäft. Kein anderes Unternehmen steht in den USA derart für die staatliche Versorgung wie die Post. Dabei gab es immer wieder Angriffe. Gerade im Zuge der ersten neoliberalen Reformen versuchte man in den 70er-Jahren auch im Postwesen Privatisierungsschritte einzuleiten. Doch nach dem grossen wilden Streik der Postangestellten von 1970 blieben die weiteren Versuche meist zahm. Trotz verschiedenster Kürzungsprogrammen und Absichtserklärungen getraute sich bisher keine Regierung mehr, die Privatisierung auch nur aufzugleisen. Viel zu positiv konnotiert ist die Post in der öffentlichen Wahrnehmung, viel zu stark waren ihre BefürworterInnen bisher und durchaus real ist die Macht der Gewerkschaften noch immer.

Trump bildete in seiner Praxis zu Beginn seiner Amtszeit keine Ausnahme hiervon. Zwar liess er 2018 von seinem Team aufarbeiten, welche Möglichkeiten es zur Umstrukturierung der Post gäbe. Eine eingesetzte Arbeitsgruppe kam unter anderem zum Schluss, dass die «Restrukturierung» mit einer «private ownership» einhergehen müsste. Doch wie bei so vielen Vorgängerregierungen auch, wurde es danach Still und das Vorhaben. Erst im Zuge der Wahlen und der Konjunkturpakete kam das Thema zurück auf dem Tisch. Dies könnte durchaus zum prototypischen Fall für die gegenwärtige Krise werden. Wo der Ausverkauf jahrzehntelang aus verschiedenen Gründen aufgeschoben oder verhindert werden konnte, stehen Privatisierungen plötzlich wieder zur Debatte.

The Postman vs. «going postal»

Doch durchgesetzt ist die Privatisierung noch lange nicht. Dies hängt vor allem mit einem sich bereits jetzt abzeichnenden, breiten Widerstand zusammen, der sowohl von BasisaktivistInnen, als auch von ParlamentarierInnen getragen wird, wenn auch die jeweiligen Gründe unterschiedlich sein mögen. Dass diese breite Front möglich ist, hat viel mit dem öffentlichen Bild des USPS zu-

tun. Das Postwesen ist mit verschiedensten Hoffnungen verbunden. Einige davon sind real, andere entsprechen eher nationalen Mythen, und manchmal vermischt sich beides auch.

Die Post steht für (begrenzte) Aufstiegsmöglichkeiten und soziale Sicherheiten. Seit jeher gilt der USPS zudem als inklusiver als andere Unternehmen. Ein Viertel der Angestellten sind schwarz, um die 100'000 Mitarbeitende sind Veteranen, und viele der Angestellten sind gewerkschaftlich organisiert. Diese positiven Eigenschaften ergänzen sich mit einer Vielzahl kultureller Vorstellungen. Es ist nun mehr als 20 Jahre her, seit Kevin Coster in «The Postman» den Pöster als Inbegriff des amerikanischen Helden erschienen liess, der die Nation zusammenhält und ihr in Zeiten der Krise Hoffnung gibt. Und noch immer lebt die im Film verdichtete Vorstellung fort. Stirbt die Post, stirbt auch die Demokratie, so lautete beispielsweise der in den letzten Wochen mehrfach gemachte Befund liberaler Medien.

Aufgrund solcher Idealvorstellungen wurde in den letzten Monaten auch immer wieder betont, dass man dem Mythos Post nicht zu sehr aufsitzen soll. Der USPS war nie ein Vorzeigeunternehmen. Dafür gibt es keinen besseren Beleg als den seit den 70er-Jahren existierende Ausdruck «going postal». Umgangssprachlich versteht man darunter ein ‚Durchdrehen‘ oder ‚Ausrasten‘. Historisch sind damit aber eine gehäufte Anzahl Amokläufe gemeint – seit 1970 gab es in amerikanischen Poststellen mindestens neun grössere Vorfälle mit jeweils mehreren Toten. Druck und Stress am Arbeitsplatz gab es immer, nicht nur dann, wenn der Privatisierungsdruck stieg. Seit 1999 wurden bis zu 300'000 Stellen gestrichen und oder durch Teilzeitstellen ersetzt. Daran änderte auch die gewerkschaftliche Stärke wenig, zumal man in den letzten Jahren wenig Bereitschaft für Aktivitäten zeigt. Als BasisaktivistInnen zu Beginn des Jahres zu einem weiteren Aktionstag zur Rettung der Post aufriefen, unterstützten einige Gewerkschaften zwar den Aufruf, warnten aber zugleich davor, dass der Postbetrieb nicht gestört werden dürfe.

Trotz dieser bitteren Realität besitzt die Verteidigung der Post in der aufgeladenen Stimmung durchaus das Potenzial, die Krise zu politisieren. Die Auseinandersetzung um den USPS hat eine materielle wie eine ideologische Komponente, in deren Verbindung der Umgang mit der Krise zur politischen Frage wird; Materiell aufgrund der bedrohten Arbeitsplätze oder weil eine grosse Anzahl AmerikanerInnen ihre Medikamente via Post zugeschickt bekommen, ideologisch weil mit dem Zustand der Post immer auch die Frage verbunden ist, wie die öffentliche Versorgung aussehen sollte. Beides wurde in den letzten Monaten von verschiedenen linken Kräften thematisiert und mitunter mit perspektivischen Vorschlägen ergänzt: Wieso die Post privatisieren, wenn man sie durch neue Enteignungen auch einfach vergrössern könnte?

BRASILIEN

Bolsonaro und die Militärs

Die aktuelle Lage in Brasilien ist verheerend: Es gibt bereits 2,8 Millionen Corona-Infizierte und über 100'000 Tote. Wie kann es sein, dass trotz so vieler toten Menschen und rasanter Ausbreitung Präsident Bolsonaro immer noch Unterstützung geniesst? In drei Teilen soll die Situation in Brasilien genauer unter die Lupe genommen werden.

(agkkz) Im Mittelpunkt der katastrophalen Pandemie-Situation steht die Verharmlosung der Krankheit durch Präsident Bolsonaro und seiner Bande. Seine verächtliche Haltung gegenüber allen, die die Seuche ernst nehmen, ist Ausdruck seiner sozialdarwinistischen Gesinnung. Die Starken werden diese «milde Grippe» überstehen, um die Anderen sollten wir uns keine Gedanken machen. Die Kapitalakkumulation darf auf keinen Fall nachhaltig unterbrochen werden, darum wurde schon bald die Rückkehr zur «Normalität» beschlossen – unbeindruckt von erschreckenden Fallzahlen.

Das Sinken der Akkumulationsrate machte der Bourgeoisie schon seit einigem Jahren grosse Sorgen. Die Wirtschaftspolitik der Arbeiterpartei (PT) war sehr kapitalfreundlich und ermöglichte der Bourgeoisie grosse Gewinne in den Finanz-, Agroexport- und Bergbau-Sektoren. Da konnten die Bosse die aufgelegten Armutsbekämpfungsprogramme der PT problemlos verschmerzen. Als jedoch das hohe Niveau der Akkumulationsrate infolge sinkender Rohstoffpreise immer weniger gehalten werden konnte, wurden politische Alternativen bei den reaktionären Rechten gesucht. Schliesslich setzte die Herrschenden bei den Präsidentschaftswahlen 2014 auf ihr neues politisches Pferd. Mit ihren politisch Verbündeten aus der PSDP (Partei der liberalen Rechten) sollte die Wiederwahl von Dilma Rousseff von der PT verhindert werden. Als ihr Kandidat Aécio Neves in der Wahl unterlag, verlagerte sich die Auseinandersetzung auf die Strasse. Verleumdungskampagnen gegen die PT, Destabilisierungsaktionen der reaktionären Rechten auf der Strasse, Angriffe von faschistischen Milizen gegen Linke etc. schufen ein politisches Klima, in dem die Amtsenthebung von Rousseff ohne grossen Widerstand der Bevölkerung durchgesetzt werden konnte. Damit war die Wahl 2018 von Bolsonaro, ehemals Interessenvertreter von Soldaten und Militärpolizisten im Parlament, zumindest vorgespurt.

Eine kriminelle Familie

Bolsonaro, ein früherer Chef einer Infanteriebrigade, war bekannt für die Unterstützung der Militärdiktatur 1964-1985. 2016 verteidigte er in einer berüchtigten Rede den bekannten Folterer Oberst Carlos Ustra und vertrat dessen Straflosigkeit. Als Vertreter der Interessen der Militär, der evangelikanischen Kirche und der Grossgrundbesitzer, fand Bolsonaro für seine Präsidentschaftskampagne die Unterstützung der Kapitalisten, denn die politische Gemeinsamkeit ist gross. Silas Malafaia, Mittelsmann Bolsonaro zu Gott, sein Sprachrohr und Chef der evangelikalischen «Versammlung Gottes» ist Besitzer von 170 Millionen Franken.

Neben seiner reaktionären Agenda ist Bolsonaro auch in eigener Sache unterwegs. Der Staatschef kämpft an der juristischen Front gegen die verschiedenen Gerichtshöfe, dieselben, die auch schon den Sozialdemokraten der PT (Arbeiterpartei) Lula hinter Gitter gebracht und die Präsidentin Rousseff gestürzt haben. Die brasilianische Justiz inszeniert sich als Hüterin der bürgerlichen Demokratie gegen «rechts» wie «links», für das Kapital.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die Söhne Bolsonaros wegen «krimineller Handlungen». Carlos, Stadtrat von Rio, wird verdächtigt, die Ermordung der Stadträtin der linken Partei für Sozialismus und Freiheit, Marielle Franco, 2018 organisiert zu haben. Dementsprechend ist er mit den paramilitärischen Milizen verbunden, die schon früher als Todesschwadronen für die Säuberung von «sozialem Abschaum» sorgten. Flavio, Senator von Rio, beteiligte sich an finanziellen «Schiebereien» und hat auch Verbindungen zu den Milizen. Seine rechte Hand, Fabricio Queiroz, ist seit einem Jahr untergetaucht. Schliesslich Eduardo, Bundesabgeordneter aus Sao Paulo, steht unter ähnlichem Verdacht. Der Vater selbst hat in diesem Zusammenhang immer wieder versucht, sich in die Arbeit der Bundespolizei einzumischen. Das war selbst dem Justizminister Sergio Moro zuviel - er trat von seinem Posten zurück. Ausgerechnet Moro, der Hauptakteur in der Untersuchung gegen den ehemaligen Präsidenten Lula, den er ohne Beweise wegen Korruption in den Knast brachte. Wichtiger noch, Moros Aktivitäten gegen den Chef der Arbeiterpartei hatte Bolsonaro die Unterstützung wichtiger Teile der Bourgeoisie gebracht. Es scheint innerhalb der Herrschenden Brasiliens und auch zwischen Regierung und Obersten Gerichtshof einige Widersprüche zu bestehen.



1000 Luftballons und 100 Kreuze am Strand der Copacabana zum Gedenken an die 100'000 Todesopfer

Der politische Einfluss des Militärs in Brasilien

Werfen wir einen Blick in die Geschichte. Der 1961 vom US-Imperialismus grossmaulig verkündete Aufbruch in der «Allianz für den Fortschritt» zu wirtschaftlichen Entwicklung und Förderung der «Demokratie» wurde, ohne Ergebnis kaum begonnen, nach kurzer Zeit wieder beendet. Mit dem Militärputsch 1964 in Brasilien breiteten sich über den ganzen Kontinent brutale Militärdiktaturen aus. Diese Militärdiktaturen erwiesen sich als für die Herrschaft des Imperialismus äusserst effiziente Machtstrukturen, insbesondere im Kampf gegen die verschiedenen revolutionären Guerillaorganisationen. Allen voran das brasilianische Offizierskorps, das innerhalb der «Escola Superior de Guerra» den eigenen Machtanspruch mit der «Doktrin der Nationalen Sicherheit» ideologisch unterfütterte, hatte Vorbildfunktion.

In den Auseinandersetzungen der verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse hatte die brasilianische Armee mittels militärischen Interventionen traditionell eine kontrollierende Rolle. Aber anders als in der Vergangenheit bereitete sich das Militär 1964 nicht nur auf die Machtübernahme vor, sondern formulierte darüber hinaus auf der Grundlage der Doktrin der Nationalen Sicherheit ein nationales politisches Projekt. Ziel war eine Militarisierung der Gesellschaft, der Kultur, der öffentlichen Verwaltung, das Wachstum der Rüstungsindustrie im Verhältnis zur gesamten Ökonomie.

An der Spitze des Regimes stand der Präsident-General, der die Entscheidungskompetenzen, in allen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Fragen vereinigte. Abgesehen von der Ökonomie, die den Technokraten des Kapitals direkt überlassen wurde, besetzten die Militär die Schlüsselpositionen aller wichtigen Ministerien mit den eigenen Leuten. Das Zentrum der Entscheidungsmacht bildete «der Rat für nationale Sicherheit» (CNS), insbesondere dessen Generalsekretariat.

Die Doktrin der Nationalen Sicherheit

Die Doktrin der Nationalen Sicherheit impliziert eine militärische Analyse aller sozialen Konflikte, der sozialen Bewegungen und letztlich aller Klassenkämpfe. Es wird davon ausgegangen, dass Klassenkämpfe innerhalb einer Gesellschaft nicht Ausdruck spezieller Widersprüche sind, sondern dass «von aussen gesteuerte Mächte» dahinter stecken. Das in der Schweiz heraus gegebene «Zivilverteidigungsbuch» 1969, nach dem alle «Subversion» von Moskau gesteuert sei, ist ein bekanntes Beispiel dieser reaktionären Doktrin. Je nach Situation wird das als «Kommunistische Weltverschwörung», «internationaler Terrorismus», «Extremismus» etc. definiert. Die Bevölkerung ist in dieser Doktrin nur Objekt staatlichen Handelns. Diese Doktrin hat das Ziel, alle Bereiche des Lebens zu lenken und allenfalls zu kontrollieren.

In der brasilianischen Militärakademie, deren führender Kopf General Golbery de Couto e Silva (seines Zeichens Berater aller Regierungen, die sich nach dem Staatsstreich von 1964 in Brasilien abgelöst haben, und führender Organisator der Geheimdienste) war, wurde die Doktrin der N.S. «ideologisiert» und systematisiert. Sie wurde zur ideologischen Basis der Herrschenden Brasi-

liens. Eine Ideologie, in der sich die Militärs (selbst Teil der Herrschenden) selbst rechtfertigen und sich heiligen: Ehre, Disziplin, Selbstbeherrschung, Patriotismus, Waffenbrüderschaft etc.

In Brasilien ist die Doktrin der N.S. so tief verwurzelt, dass die Militärs sich auch in den Phasen der «Demokratie» einen grossen politischen Einfluss wahren konnten. Auch die «sozialdemokratische» Regierung von Lula da Silva und Rousseff haben daran nichts geändert, die Gastgeberchaft für die Fussball-Weltmeisterschaft 2014 und die Olympischen Spiele 2016 sind dafür beispielhaft. Von der damaligen Regierung wurde ein riesiger Raum für das Eindringen ausländischer, insbesondere israelischer, Militär- und Sicherheitsfirmen in den brasilianischen Repressionsapparat geöffnet. Mit langfristigen negativen Folgen für die Bevölkerung in Brasilien.

Heute sind 20% der ParlamentarierInnen Militärs, der Vizepräsident, ein Armeegeneral meinte kürzlich, sie seien jetzt durch die Wahlen an die Macht zurück gekehrt. Selbst der Gesundheitsminister, Eduardo Pazuello, hat Generalsrang und vergab in diesem Ministerium weitere 40 Posten Militärleuten. Die Exekutive der Regierung besteht hauptsächlich aus Militärs. Diese Doktrin der N.S. bleibt die ideale Ideologie zur Umsetzung der reaktionären Politik eines autoritären Staates, für den Sexismus, Rassismus, Homophobie, Chauvinismus, Kreationismus und Umweltzerstörung Programm sind. Alles «Werte» die vom Faschisten Bolsonaro hoch gehalten werden!

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3.) bzw übers Kabel(107.35) oder Internet (www.stadtfilter.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org

POLITISCHE ÖKONOMIE

Feuerwehrrübungen der Notenbanken

Die Funktion der Notenbanken besteht auch in Corona-Zeiten einzig in der Verhinderung des Platzens von Schuldenblasen. Als Instrument des Monetarismus zur Konjunktursteuerung taugen sie auch für das Kapital nichts mehr.

(gpw) Mitten im coronabedingten Konjunkturreinbruch spielen die National- oder Notenbanken der Metropolenländer – allen voran die amerikanische Fed und die Europäische Zentralbank (EZB), aber auch die Schweizerische Nationalbank (SNB) – wieder einmal Feuerwehr: Sie pumpen Milliarden in den Geldkreislauf, indem sie noch stärker als früher Obligationen von Staaten und Privatfirmen aufkaufen und bereits daran denken, auch Aktien in ihre Programme der sogenannten «quantitativen Lockerungen» aufzunehmen. Solche Übungen lassen auch eingefleischte KapitalistInnen die Haare zu Berge stehen: Gemäss der NZZ vom 12. 08. 2020 sind sie überzeugt, dass diese seit 1-2 Jahrzehnten andauernden Programme «das langfristige wirtschaftliche Wachstumspotential bereits nachhaltig geschädigt hätten» und «massgeblich zu den heftigsten Übeln des modernen Kapitalismus» beitragen, indem «Zombie-Firmen auf Kosten von Startups überlebten» und «von steigenden Preisen von Anlagewerten [Wert-papiere, Immobilien u.a.] besonders wohlhabende Personen» profitierten, was die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen verschärfe. Eine Desillusionierung jüngerer Generationen sei eine der Folgen». Sogar KapitalistInnen stellen also Erscheinungen fest, die Lenin als «Parasitismus und Fäulnis des Kapitalismus» bezeichnete (LW 22, 280).

Weshalb spielen die Notenbanken, derart verrückt? Wir sehen zwei Gründe: Die Notwendigkeit, umfassende Kreditkrisen zu vermeiden und das Ende der monetaristischen Wirtschaftspolitik.

Die Schuldenblase darf nicht platzen

Die globale Schuldenlast – von Banken, Staaten, Unternehmen und privaten Haushalten rund um den Globus – ist gemäss der Börse am Sonntag schon vor der Corona-Krise auf 250 Billionen US\$ angestiegen. Das sind mehr als das 300-fache des Schweizer Bruttoinlandsprodukts (BIP), also der Wertschöpfung der ganzen Bevölkerung innerhalb eines Jahres. Wichtig ist die Feststellung, dass es für das Gesamtkapital egal ist, ob die Wertschöpfung mit Eigen- oder Fremdkapital erfolgt, denn jedem Schuldner steht ein entsprechender Gläubiger gegenüber. Deshalb schiessen Zusammenbruchstheorien, die nur die Schulden im Blick haben, am Ziel vorbei. Hingegen steigt die Gefahr globaler Kreditkrisen mit dem Umfang der Verschuldung. Mit anderen Worten: Auch kleine Kriseneinbrüche in die Realwirtschaft können auf den Geld- und Finanzmärkten zu einer Vertrauenskrise führen. Das zeigte sich beispielsweise im September 2019 auf dem Repo-Markt, ein über Schattenbanken verlaufender Mechanismus, durch den sich Banken kurzfristig mit Liquidität versorgen können. Als die Zinsen auf dem Repo-Markt stark in die Höhe schossen, gerieten vor allem die US-Banken ganz plötzlich in einen Kreditnotstand – bis die Fed mit einer zusätzlichen Ausweitung der «qualitativen Lockerung» einsprang.



Diese Entwicklung hat Parallelen mit dem weltweiten Zusammenbruch des Interbanken-Marktes 2008, der den Konkurs der Bank Lehmann Bros. mit verursachte. Damals begannen die gigantischen Feuerwehrrübungen der Notenbanken, begleitet von den grossen staatlichen Rettungen von Banken und Versicherungsgesellschaften – die UBS musste für 66 Milliarden CHF gerettet werden.

Seither können sich die Notenbanken der Aufgabe, Kreditkrisen zu verhindern, nicht mehr entziehen. EZB-Chef Draghi sah sich im Juli 2012 zum Statement gezwungen, die EZB sei bereit, alles Notwendige zu tun, um den Euro zu erhalten – im O-Ton das berühmt gewordene «whatever it takes». Und die «Lösung» der damaligen Euro-Krise war ja nichts anderes als eine weitere Bankenrettung auf Kosten der griechischen arbeitenden Bevölkerung. Die gegenwärtige Schuldenkrise der südlichen Euro-Länder zwang die EU zu dem, wogegen sich Merkel, Schäuble & Co. bisher mit Händen und Füßen wehrten: Die praktische Übernahme von Staatschulden durch die gesamte EU.

Das Ende des Monetarismus

Die Funktion der Notenbanken, Kreditkrisen zu verhindern, gehörte ursprünglich nicht zu ihrer DNA. Ihre offizielle Aufgabe besteht in der Kontrolle des Geldwertes, also die Bekämpfung von Inflation. Hinter dieser harmlosen Formulierung verbirgt sich der Monetarismus, ein Teil der neoliberalen Wirtschaftspolitik. Die Kraft der ArbeiterInnenklasse, höhere Löhne durchzusetzen, sollte Anfang der 1970er Jahre, beim Ausbruch der langfristigen Kapitalüberproduktionskrise, dadurch gebrochen werden, dass diese Krise vorübergehend noch verschärft wurde. Dies geschah mittels Hochzinspolitik durch «unabhängige» Notenbanken. Hohe Zinsen bedeuten teure Kredite für Investitionen und Konsum und führen zur «Anpassung von Überkapazitäten» – sprich Vernichtung von überproduziertem Kapital – durch Massenentlassungen und Auslagerung der Produktion. Die nachfolgenden

Kriseneinbrüche zwangen die Notenbanken allerdings dazu, die Zinsen wieder zu senken. Der letzten versuchten Anhebungen in den Nullerjahren führten zum Kriseneinbruch 2007-08 – die Zinsen mussten gegen Null gesenkt werden und sind heute sogar negativ. Dass es in der Realwirtschaft seit Jahren wenig Inflation gibt, ist nicht ein «Erfolg» der Notenbank sondern der chronischen Krise – das Gespenst, gegen das die Notenbanken ankämpfen, heisst Deflation und hat Japan seit mehr als 10 Jahren fest im Griff. Inflationär entwickeln sich dagegen infolge der Geldschwemme die Börsenkurse und Immobilienpreise.

Die Notenbanken sind also «ausgeschossen», der Monetarismus am Ende, denn angesichts der Überproduktion von Geldkapital, das wegen gesunkener Profitraten nicht produktiv angelegt werden kann, kann zusätzliches Geld die Wirtschaft nicht «ankurbeln». Der relative Wirtschaftsaufschwung bis 2018 erfolgte dank Umwälzungen in zentralen Produktionssektoren, die unter dem Stichwort «Industrie 4.0» propagandistisch aufgeblasen wurden.

In der Coronakrise hat zusätzliches Geld von Banken und vom Staat einzig die Funktion, die «Kurve flachzuhalten», die Kurve bevorstehender Massenentlassungen, Pleiten von KMUs und entsprechend ansteigender Arbeitslosenzahlen.

MERKE

In dieser Rubrik zeigen wir euch Bilder von Bullen. Die Anonymität ist eine ihrer Waffen. Merkt euch darum ihre Gesichter. Je besser und schneller wir sie an Demos und Aktionen erkennen, umso schwerer machen wir ihnen ihre Arbeit und schützen uns selber vor Repression. Schickt uns eure Fotos!

Diese drei Zivis waren an der BLM-Demo in Zürich anzutreffen.



SELBSTBESTIMMUNG

«Marsch fürs Läbe» in Winterthur? Kein Zufall!

Bereits zum 11. Mal versuchen am 19. September Christen-Fundis, Reaktionäre und Sexisten unter dem Slogan «Marsch fürs Läbe» in Winterthur ihre altbackenen Meinungen unter die Leute zu bringen. Nach Jahren der Vertreibung und starker Gegenmobilisierungen erscheint der Entscheid für Winterthur als Veranstaltungsort interessant. Ein Zufall ist es aber auf jeden Fall nicht.

(raw) Seit den Neunzigerjahren hat sich in Winterthur eine vielfältige evangelikale Freikirchen-Szene etabliert. So ist der Anteil an Freikirchen-Mitgliedern in Winterthur um 50 Prozent höher als in anderen Schweizer Städten. Der Niedergang der Schwerindustrie, Identitätssuche, bekannte lokale Persönlichkeiten etc., die Gründe dafür sind wohl so vielfältig wie die verschiedenen Gemeinden in Winterthur. Mittlerweile haben sich über 15 charismatische Organisationen zur Evangelischen Allianz Winterthur (EAW) zusammengeschlossen, darunter bekannte Exponenten wie die International Christ Fellowship (ICF) oder GvC Chile Hegi. Die Gemeinden sind alle missionarisch ausgerichtet und investieren viel in einen vordergründig modernen, jugendlichen und lockeren Auftritt. Vermitteln wollen sie jedoch ein reaktionäres, christliches und patriarchales Weltbild. Dabei sollen Ehevorbereitungskurse, Treffs für junge Männer (Bier und Grill) sowie für junge Frauen (Beauty und Kochen) helfen. Wer zwischen den Zeilen liest oder sich einzelne Äusserungen konkret an-

hört, findet schnell die bekannten, ewig gestrigen Themen wie beispielsweise Abtreibungsverbot, Schwulen-Heilung, klassisches Familienmodell. Und genau in diesen Punkten will auch der «Marsch fürs Läbe» einen reaktionären Schwerpunkt setzen.

Die Praxis der Freikirchen beschränkt sich aber nicht nur auf das Bibelstudium und die Gemeindegemeinschaft. Die Szene in Winterthur ist tief verbandelt mit der gesamten bürgerlichen Politik der Stadt. So werden laut eigener Aussage (D. Schneider, EAW) vor Gesamterneuerungswahlen jeweils alle StadtratskandidatInnen und GemeinderatskandidatInnen zum Podiumsgespräch geladen, wo regelmässig Fragen nach dem Glauben gestellt werden. Über 13 Prozent der Winterthurer Politiker*innen haben einen direkten Bezug zu einer der evangelikalen freikirchlichen Winterthurer Gemeinden, während dies schweizweit nur auf zwei Prozent zutrifft. Mittlerweile finden viele Kaderanlässe der Behörden in Räumen der Kirche statt. Vor diesem Hintergrund ist es auch nicht überraschend, dass die Organisatoren des «Marsch fürs Läbe» sich für Winterthur als Versammlungsort entschieden haben. Die Strategie, ihre Mitglieder aktiv zur politischen und sozialen Arbeit zu motivieren, scheint für die Freikirchen aufzugehen. Die verschiedenen Winterthurer Sozialinstitutionen sind genauso durchsetzt wie die Politik. So darf sich auch eine religiöse Privatschule (SalZH) auf städtischem Land einmieten. Weiter scheinen bei Fremdplatzierungen von Kindern Familien aus freikirchlichem Umfeld bevorzugt werden. Die Stadt arbeitet auch

eng mit christlich geprägten Stiftungen und Vereinen zusammen, welche Angebote in Bereichen wie Nothilfe oder Jugendarbeit anbieten. Dabei wird öffentlich immer die Meinung vertreten, es gehe nicht um Missionierung. Der Stadtrat antwortet auf Fragen dazu, dass er diese «politisch und konfessionell neutrale» Mitarbeit im Rahmen seiner «Diversity Strategie» für «richtig und wichtig halte».

ExponentInnen der verschiedenen evangelikalen Gemeinden finden sich in allen bürgerlichen Parteien. So ist zum Beispiel die Stadträtin und Leiterin des Departements für Sicherheit und Umwelt in Winterthur, Barbara Günthard-Meier (FDP), Mitglied der GvC Chile Hegi. Die GvC Chile Hegi stellte ihre Räumlichkeiten im Jahr 2014 für eine Versammlung der AUNS (inklusive Nigel Farage als VIP-Gast) zur Verfügung stellte. Barbara Günthard-Meier erlangte unrühmliche Bekanntheit durch ihre Verantwortung für die brutale Repression gegen die Tanzdemo «StandortFUCKtor». Sinnigerweise darf sie jetzt noch den Polizeieinsatz beim nächsten «Marsch fürs Läbe» politisch leiten, bevor sie ihre neue Stelle beim Bund antritt.

Dass der «Marsch fürs Läbe» sich jetzt in Winterthur im Gate 27 (die Eventlocation gehört übrigens der Freien evangelischen Gemeinde Winterthur) trifft, wird also kein Zufall sein. Die Verbindung zu Gott allein reicht nicht aus, um seine Ziele zu erreichen. Besser man nutzt auch seine Verbindungen in die höchsten Kreise der lokalen Politik. Und auf welcher Seite der Repressionsapparat am 19. September stehen wird, darf sich jeder selbst ausrechnen.

NACHRUF

Ein Leben für die Einheit des proletarischen Kampfes

Im Juni 2020 starb Genosse Valter Ferrarato nach einem Kampf gegen eine Krankheit. Sein Leben widmete er dem Klassenkampf. Er erlebte verschiedenste Phasen und machte wichtige politische und soziale Erfahrungen auf dem Weg, die Kraft der proletarischen Klasse kollektiv weiterzuentwickeln.

(gpw) Valter stammte aus der Val Sesia in der Provinz Vercelli (Piemont), eine Gegend, die für ihre Wichtigkeit im Partisanenwiderstand bekannt ist, etwa mit der Partisanenrepublik Ossola, welche 1944 für 44 Tagen eine befreite Zone gegen den Faschismus hielt. Durch seine Politisierung und Militanz knüpfte Valter eindrücklich an dieses antifaschistische Erbe an.

Nachdem Valter nach Turin gezogen war, verdiente er seinen Lebensunterhalt als Maurer. Er trat der Gewerkschaft Confederazione Generale Italiana del Lavoro (CGIL) bei und wurde Delegierter des Baugewerbes. Er begann, in ArbeiterInnen- und Gewerkschaftskämpfen wichtige Erfahrungen zu sammeln. Als er 2003 öffentlich Position für den bei einem Feuergefecht mit der italienischen Bahnpolizei gefallenen Genossen Mario Galesi, Militanter der Brigade Rosse - Partita Comunista Combattente (BR-PCC) bezog, waren seine Tage in der Gewerkschaft gezählt. Freiwillig verliess er sie nicht - er wurde ausgeschlossen.

Bereits in den 1990er Jahren wurde Valter Mitglied des CARC (Partito dei Comitati di Appoggio alla Resistenza per il Comunismo). Seinem starken Engagement ist es zu verdanken, dass in Turin eine CARC-Sektion eröffnet wurde. Am 11. März 2006 nahm er in Mailand an einer Demonstration teil, um eine faschistische Parade zu verhindern. Für diese Aktion wurde er zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt - ein Angriff der Justiz, der darauf abzielt, die Avantgarde zu treffen, die ein Bezugspunkt für die politische Orientierung des Widerstands ist.

Nach seiner Befreiung kam es zu ideologischen und politischen Differenzen mit den CARC. Valter stellte Grenzen und Widersprüche fest, welche die Entwicklung zu einem revolutionären Weg verhinderten. Die Wege trennten sich. Valter gründete das Collettivo Comunista Piemontese (CCP), welches der kommunistischen Politik Auftrieb gab und zusammen mit anderen Kollektiven Initiativen für die Stärkung der eigenen Klassenkräfte entwickelte: Von den Streikposten vor den Grossmärkten in Turin (CAAT) hin zu Kundgebungen vor den Fabriken zusammen mit den ArbeiterInnen. Von Demonstrationen gegen Faschismus, Polizeirepression und das italienische Gefängnisregime bis hin zu den «NO TAV»-Kämpfen in Val Susa, dem Widerstand gegen den unnötigen Bau einer Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke von

Turin nach Lyon.

Während des Prozesses gegen die Bosse der Thyssen-Krupp-Gruppe, welche wegen mangelhafter Arbeitssicherheit den Tod von sieben Arbeiter verursachten, als im Werk 2007 ein Rohr platzte und die Arbeiter von siedendem Öl getroffen wurden, erlebte das CCP eine Zeit intensiver Aktivitäten in der Kampagne zur Unterstützung der ArbeiterInnen und ihrer Familien. Ihre Dokumentation zu diesem Prozess ist ein Beispiel für die Konsequenzen, welche die kapitalistische Ausbeutung und Gewalt für ArbeiterInnen hat.

Ständig auf der Suche nach qualitativer Weiterentwicklung der politischen Arbeit wandte sich Valter kurz an die «Proletari comunisti», aber der Integrationsprozess war nicht erfolgreich. Valter wandte sich von der CCP ab und gründete das Kollektiv «Riscossa Proletaria», mit dem Ziel, den Klasseninterventionen mehr Nachdruck zu verleihen und sich mit revolutionären Kräften in Verbindung zu setzen, die für Einheit der Basis, proletarische Selbstorganisation und internationalistische Solidarität kämp-

fen. Es führte Kampagnen gegen das italienische 41bis-Gefängnisregime und unterstützte GenossInnen, die das revolutionäre Klasseninteresse und eine revolutionäre Perspektive konsequent verfolgen.

Valter begann eine Zusammenarbeit mit der Roten Hilfe International (RHI). Er war bei der Gründung des Kollektivs «Proletari Torinesi per il SRI» dabei, welche die programmatische Plattform der RHI übernahm. Die Gründung der Online-Zeitung Aurora Proletaria und die Unterstützung der GenossInnen, die sich in der YPG/YPJ in Rojava engagieren, sind Kampagnen, an den Valter mit konstantem Engagement mitarbeitete. Er hatte die Fähigkeit, sich in Frage zu stellen, Selbstkritik zu üben und mit der ständigen Neudefinition der politischen Kollektive nach Lösungen zu suchen und Widersprüche zu überwinden. Als Genosse auf kollektiven Wegen wird er uns bei der Entwicklung für eine revolutionäre Perspektive weiterhin begleiten. Ciao Valter.



Im Bild

«Lasst uns Leben» steht auf dem Schild das eine polnische Demonstrantin des «czarny protest», schwarzer Protest, vor sich hält. Seit Jahren gehen FTIQ* und deren Unterstützer in Polen Städten immer wieder auf die Strassen, um gegen die frauenfeindliche und repressive Politik der nationalkonservativen, regierenden PIS-Partei zu demonstrieren. Nach politischen Angriffen gegen das Recht auf Abtreibung und wiederkehrender Hetze gegen LGBTQI*, drohte Polens Justizminister im Europarat nun mit dem Rückzug des Landes aus der internationalen Istanbul Konvention zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt.



GESCHICHTE

Das Schweizer Kapital und das Apartheid-Regime in Südafrika

Das Schweizer Kapital profitierte in grossem Stil vom menschenverachtenden Apartheid-System in Südafrika und wurde dabei vom Schweizer Staat unterstützt.

(gpw) Während den «black lives matter»-Protesten im Frühling dieses Jahres wurden die mannigfaltigsten Themen aufgeworfen und angeprangert: Den alltäglichen Rassismus, «racial profiling», Unterrepräsentation von Schwarzen und vieles mehr. Weniger thematisiert und offensichtlich bei den jüngeren Bewegten weniger bekannt, sind die Verstrickungen der offiziellen Schweiz mit dem Apartheid-Regime in Südafrika. Der starke, auch militante Widerstand, gegen das Apartheid-Regime wird in diesem Artikel nicht thematisiert.

Zum Himmel stinkende Ungerechtigkeit

Als Apartheid wird eine auf einer rassistischen Ideologie beruhende Politik der räumlichen Separation (Rassentrennung) bezeichnet, die in Südafrika zwischen 1948 und Anfang der 1990er Jahre praktiziert wurde. Sie sicherte der weissen gegenüber der nicht weissen Bevölkerung die beinahe absolute soziale, politische und kulturelle Vorherrschaft, bei gleichzeitiger Verfügbarmachung von billigen schwarzen Arbeitskräften. Die Apartheid führte dazu, dass im öffentlichen Raum bevölkerungsspezifisch strikt getrennt wurde, durchgesetzt mittels brutalster Repression. Die Segregation galt für alle Lebensbereiche des öffentlichen Lebens wie Parks, Transportmittel, Läden usw.. Dies führte zur starken Einengung und räumlicher Diskriminierung von Schwarzen. In den Städten wurden Schwarze systematisch in abgegrenzte Wohngebiete umgesiedelt (Townships). Im ganzen Land wurden Sonderzonen geschaffen, sogenannte «Homelands», in denen ausschliesslich Schwarze lebten. Die Homelands sollten sich langfristig zu unabhängigen Staaten entwickeln.

Der Schweizer Staat schaut weg - Das Schweizer Kapital profitiert

Heute ist mehr oder weniger anerkannt, dass die Schweiz für das Regime in Südafrika ein zuverlässiger Partner war und dass ohne Schweizer Regierung und Kapital die Apartheid nicht so lange hätte existieren können. Ab den 1960er Jahren versuchte die UNO das Apartheid-Regime zu isolieren, worauf das Regime die Beziehungen zur Schweiz stärkte, da diese die Wirtschaftssanktionen nicht mitrug. Zwar untersagten die Schweizer Behörden 1963, Kriegsmaterial nach Südafrika zu liefern und verurteilten das System der Apartheid immer wieder verbal, lehnten jedoch ein Boykott der rassistischen Regierung ab.



Boykotte kümmerte die offizielle Schweiz keinen Deut.

Auf Kapitaleseite kam den Schweizer Banken, insbesondere dem Schweizer Bankenverein (UBS) und der Schweizer Kreditanstalt (Credit Suisse), eine bedeutende Rolle zu. Sie waren äusserst treue und wichtige Financiers des Regimes. Sie und andere Banken standen unter anderem als Vermittlerinnen bereit, wenn das Regime auf dem internationalen Markt Geld aufnehmen wollte.

Ein weiterer Wirtschaftszweig, der vom Apartheid-Regime profitierte, war die Rüstungsindustrie. Schweizer Unternehmen lieferten Waffen für die brutale Repression gegenüber der schwarzen Bevölkerung. Die offizielle Schweiz fühlte sich mit seinem Neutralitätsstatus nicht an die internationalen Sanktionen gebunden. Ein Beispiel dafür ist die Firma Oerlikon-Bührle, die von Dieter Bührle geleitet wurde. Er wurde 1970 zusammen mit drei Mitarbeitern wegen illegalen Waffenlieferungen nach Südafrika und Nigeria vom Bundesgericht verurteilt. Er hatte auch einen guten Lehrer: Sein Vater und vorheriger Firmeninhaber Emil Bührle zählt zu den Kriegsgewinnlern des Zweiten Weltkriegs. Für seine Wirtschaftsaktivitäten mit dem von vielen Ländern boykottierten Staat erhielt Dieter Bührle 1978 einen Verdienstorden des Apartheid-Regimes.

Ein weiteres wirtschaftliches Feld, in dem das Schweizer Kapital mit dem Regime zusammenarbeitete, war der Goldhandel. Ab 1979 war die Schweiz der wichtigste Ver-

kaufplatz von südafrikanischem Gold und Südafrika damals der grösste Goldschürfer-Staat der Welt. 80 Prozent des wertvollen Rohstoffs wurde in die Schweiz verkauft. Hier wurde es geschmolzen und als Schweizer Gold weiterverkauft. Schliesslich bleibt noch Marc Rich zu erwähnen, der trotz Embargo mit südafrikanischem Öl handelte und mit riesen Gewinnen das Fundament für die heutige Firma Glencore schuf.

Das hier Dargelegte zeigt einmal mehr die dreckigen Geschäfte des Schweizer Kapitals mit diktatorischen und menschenverachtenden Regimes und dass die Schweizer Regierung gerne wegschaut, wenn wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel stehen. Es ist zu hoffen, dass wenn die nächste antirassistische Demo über den Paradeplatz laufen kann, sich einige daran erinnern, wo das blutgetränkte Geld aus Südafrika liegt: Unter ihren Füssen!



Der Westen ist direkt in den Krieg involviert, z.B. beim Bau von Drohnen.

ROJAVA

Erkenne einen Krieg, wenn du einen siehst

Auch wenn er aus den Medien verschwunden ist, geht der Krieg der Türkei gegen die kurdische Freiheitsbewegung weiter, mit niedriger Intensität aber mit genauso verheerenden Folgen.

(rh/rabs) Seit dem «Waffenstillstand» vom 17. Oktober 2019 und dem Ende des klassischen militärischen Angriffs der türkischen Streitkräfte im Krieg gegen Rojava, hörte der Krieg nie auf.

Er nahm eine neue Form an, die drei von Strategen theoretisierte Kriegsformen kombiniert: Kriegsführung mit geringer Intensität (low intensity warfare), hybride Kriegsführung (hybrid warfare) und Krieg der zusammengesetzten Kriegsführung (compound warfare). Klassische Militäraktionen wurden begrenzt und durch eine Vielzahl feindlicher Aktionen ergänzt. Dies sind zum Beispiel gezielte Attentate, das Verbrennen von Ernten, gezielte Bombardierungen durch Drohnen, Attentate durch Proxies (Hilfstruppen, die nicht zur türkischen Armee gehören) oder Aktionen, die dazu dienen Massenfluchten auszulösen. Ausserdem wird die Wasserversorgung Rojavas direkt angegriffen: Quellen oder Wasserleitungen werden zerstört, was einerseits die Versorgung an Trinkwasser beschneidet und zu Durst führt. Andererseits ist Wasser in diesen Zeiten auch für die Hygiene besonders wichtig, weil es hilft, die Corona-Pandemie einzudämmen. Eine weitere Strategie, die, wie in vielen Kriegen, auch hier angewendet wird, ist der gezielte Angriff auf die Frauen in der Zivilbevölkerung. Es gibt unzählige Berichte über Entführungen und Vergewaltigungen. Frauen werden getötet und verkauft. Diese Femizide sollen die Ehre der Frauen und der Völker angreifen.

In sechs Wochen «Waffenstillstand» führten die türkischen Streitkräfte unzählige Überfälle und Bombenangriffe gegen Rojava durch. Sie überfielen Orte, töteten Hunderte von Menschen und vertrieben 64.000 Menschen.

Nicht nur für die Medien, auch innerhalb der Bewegung für Rojava, war das vorherrschende Gefühl, dass der Krieg «ausgesetzt» sei. Rojava ist kaum mehr in den Nachrichten, höchstens die Solidaritätsbewegung zweifelt und bereitet sich auf den «Grossen Krieg» vor, die Offensive «grossen Stils» der türkischen Streitkräfte gegen Rojava.

Die hier vorgestellte Studie analysiert die feindlichen Aktionen, die während mehrerer Monate des «Waffenstillstands» durch die Türkei und ihre Proxies gegen Rojava durchgeführt wurden. Diese Analyse ist wichtig, weil es sich nicht um Einzelfälle handelt, sondern um Bestandteile einer durchdachten und geplanten Strategie. Diese betrifft nicht nur Rojava, sondern auch andere befreite Regionen Kurdistans (wie die Qandil-Berge im Irak) oder Räume, in denen die Befreiungsbewegung die Befreiung und Selbstorganisation des Volkes ermöglicht (das Flüchtlingslager Mexmûr, die Region der JezidInnen von Şengal usw.)

Die Änderung der Strategie

Es ist unklar, warum die Türkei von einer Strategie des totalen Krieges (mit direkter und massiver Intervention von türkischer Armee und Luftwaffe) abwich zu einer niedrigeren, kriegsstrategischen Intensität. Erwägungen zu in-

ternationaler Politik könnten einen Einfluss gehabt haben. Der Widerstand von Serêkaniyê, der zeigte, dass die SDF (Syrische demokratische Kräfte) besser vorbereitet waren als während der Schlacht von Efrîn, könnte ebenfalls einen Einfluss zur Änderung der Strategie gehabt haben.

Der Krieg, der aktuell durch die Türkei gegen Rojava geführt wird, vereint drei Merkmale:

- Es ist ein Krieg mit «geringer Intensität», die Türkei nutzt absichtlich nicht ihre ganze Militärmacht.

- Es ist ein «gekoppelter» Krieg: Die Türkei handelt mehr durch Proxies als nur durch ihre eigenen Streitkräfte.

- Und es ist ein «hybrider» Krieg: Die Türkei kombiniert konventionelle und nicht konventionelle Mittel sowie politische, wirtschaftliche und militärische Aktionen (dabei kann beispielsweise die Finanzierung einer gemeinnützigen Organisation ein strategisches Element sein). Die hybride Kriegsführung spielt sich sowohl auf konventionellen Schlachtfeldern, als auch in Bevölkerungsgruppen der Konfliktzone und der internationalen Gemeinschaft ab. Fast alle Aufstandsbekämpfungskriege sind hybride Kriege.

Bevor auf die verschiedenen Aspekte dieser neuen Form des Krieges gegen die befreiten Regionen Kurdistans eingegangen wird (hauptsächlich gegen Rojava und die Qandil-Berge), sollte angemerkt werden, dass mehrere seiner Merkmale schon vor dem «Waffenstillstand» existierten. Die Türkei hat immer Proxies und unkonventionelle Mittel verwendet. Was die neue Phase charakterisiert, sind die Methoden, die komplementär, und strategisch werden.

Die klassischen militärischen Angriffe gegen die kurdische Befreiungsbewegung haben nicht aufgehört, sondern nur an Intensität abgenommen. Ausserdem wurden sie ergänzt durch den Aufbau von militärischen Stützpunkten beispielsweise in Qandil.

Neben den klassischen militärischen Angriffen durch die türkische Armee, verwendet der türkische Staat auch Hilfstruppen, sogenannte Proxies. Die sind zwar nicht immer kontrollierbar, haben aber den Vorteil, dass von ihnen begangene Menschenrechtsverletzungen nicht dem türkischen Staat angelastet werden können.

Das Ziel der Türkei ist ein Bevölkerungsaustausch in den kurdischen Gebieten zu erwirken. Die lokale Bevölkerung wird vertrieben und andere Menschen, die der Türkei genehm sind, angesiedelt. Die Vertreibungen werden durch direkte Angriffe auf die Bevölkerung (Terroranschläge und gezielte Ermordungen) als auch durch Angriffe auf die lokale Wirtschaft erreicht.

Ein wichtiger Punkt der türkischen Strategie ist natürlich auch die Propaganda, die klassisch via Medien und Social Media läuft. Ausserdem wird gezielt über die Investitionen des türkischen Staats in den besetzten Gebieten informiert.

Dies sind nur einige der Strategien, die in der aktuellen Phase des Kriegs der Türkei gegen die kurdische Befreiungsbewegung angewendet werden.

Historische Präzedenzfälle

Natürlich hat die Türkei die Strategie der Kriege mit geringer Intensität gegen die befreiten Völker nicht selbst

erfunden. Sie wurde schon öfter angewendet, um ein befreites Land im Zusammenhang mit einer klassischen Invasion zu schwächen oder als Strategie der «zweiten Wahl» nach dem Scheitern einer Invasion, so zum Beispiel in Kuba oder Mosambik. Ausserdem wurden viele Elemente übernommen, die die israelische Regierung benützt, um die palästinensische Bevölkerung zu kontrollieren und zu unterdrücken.

Die Solidaritätsbewegung mit Rojava darf die Möglichkeit einer neuen Grossoffensive gegen Rojava – wie jene gegen Efrîn – nicht aus den Augen verlieren. Wir wissen nicht, wie lange die aktuelle Phase, die Ende 2019 begann, anhalten wird. Was wir wissen, ist dass der Krieg niedriger Intensität, der aktuell durch die Türkei gegen alle befreiten Gebiete Kurdistans führt (Rojava, Qandil usw.) eine starke, anhaltende und vielfältige Aggression darstellt. Ihr zu widerstehen erfordert viel Aufwand, Mittel, Intelligenz und Entschlossenheit. Die internationale Solidarität kann und muss eine entscheidende Unterstützung für diesen Widerstand darstellen, vorausgesetzt, dass sie stark, anhaltend und vielfältig ist. Es ist also wichtig, aktiv zu bleiben und den Kampf gegen den türkischen Faschismus klar zu führen. Dies beginnt auch hier: Wir müssen aufzeigen, wer hier für den Krieg verantwortlich ist oder davon profitiert und diese AkteurInnen direkt angreifen.

Dies ist eine stark gekürzte Version des Textes, der von der Roten Hilfe International unter dem Titel «Zum Krieg niedriger Intensität gegen Rojava & Qandil. Kein Warten auf den Tag X!» im August 2020 herausgegeben wurde. Der ganze Text ist unter www.aufbau.org oder gedruckt im Vertrieb des Revolutionären Aufbau erhältlich.



LoRa 97.5 MHz

**Sonntag
18 bis 20 Uhr
Immer am ersten
Sonntag des Monates**

**Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr**

Kritik und Anregungen an:
Rote Welle, Postfach 8663, 8036 Zürich



Lise Vogel: Marxismus und Frauenunterdrückung

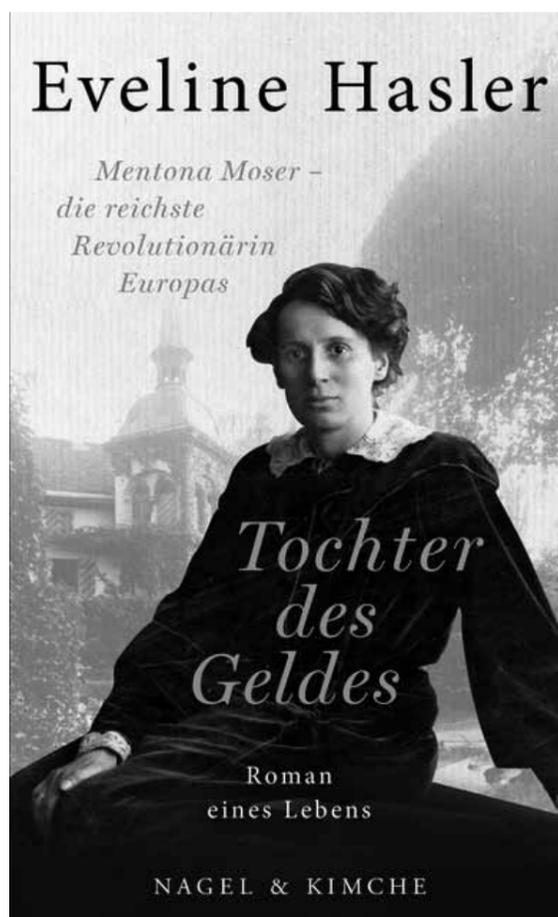
Das Buch ist betagt, in den USA wurde es schon 1983 publiziert, doch wird es erst seit kürzerem rezipiert, weshalb es zu Recht nun auch in Deutsch verlegt worden ist. Anlass für das aktuelle Interesse ist die «neue soziale Reproduktionstheorie» als deren Vertreterin Lise Vogel verstanden wird. Das stellt wohl ein Missverständnis dar, vertritt zumindest Frigga Haug in der Einleitung. Tatsächlich bemüht sich Lise Vogel in alter marxistischer Tradition um eine materialistische Begründung für die Frauenunterdrückung. Und wenn sie den Geschlechterunterschied materialistisch anschaut, so besteht er einzig in der Tatsache, dass biologische Frauen Kinder gebären, was biologische Männer nicht können.

Die Autorin definiert sich selber als Sozialistin und Feministin, ist aber mit der Behandlung der sog. «Frauenfrage» durch die sozialistische Tradition sehr unzufrieden. Sie kritisiert das biologistische Frauenbild und das nicht-Überwinden des Konzepts von Natürlichkeit, das das 19. Jahrhundert und mit ihm die Klassiker prägte. Ebenso stört sie die gängige «Zwei-System-Perspektive», «beispielsweise Kapitalismus und Patriarchat, Produktionsweise und Reproduktionsweise oder Klassensystem und Geschlechtersystem». Die Ursache dieses Widerspruchs ortet Vogel im zu einfachen Rückgriff auf Friedrich Engels. Es braucht, so ihre Überzeugung, eine genaue Lektüre der klassischen Texte über Engels hinaus. Diese will sie auf Mängel und Versäumnisse prüfen, aber sie bleiben das beste Analyseinstrument für das Funktionieren der Klassengesellschaft in ihrer Gesamtheit. «Entscheidend ist, dass die sozialistisch-feministische Theorie bisher nicht in der Lage war, eine theoretische Untermauerung zu entwickeln, die ihrem strategischen Unterfangen der klassen-, race-, alters- und geschlechterübergreifenden Organisierung von Frauen gerecht wird.»

Es mag überraschen, dass Lenin unter den zitierten Klassikern am positivsten abschneidet. So legte Lenin Gewicht auf die materielle Unterdrückung innerhalb des einzelnen Haushalts und forderte entsprechend die Erziehungsarbeit unter Männern, in der Partei wie bei den Massen. Der Bezug zu Lenin ist für Vogel auch deshalb wichtig, weil sie Ungleichheit als ein zentrales Kampfferrain betrachtet, das einzige, von dem Frauen als Kategorie klassenübergreifend betroffen sind.

Das Buch ist äusserlich hässlich und führt einen sperrigen Titel, der Text hingegen erweist sich oft als scharfsinnig und ab und zu sogar als witzig. Die heute emeritierte Soziologie-Professorin hat sich um einen zugänglichen Text bemüht, der wohl deshalb auch viele Wiederholungen beinhaltet. Das Ende fällt allerdings überraschend pamphletartig, mit viel 'vorwärts-Optimismus' aus. Zum Glück ist ein Artikel aus dem Jahr 2000 angehängt, der das auffängt und eine Zusammenfassung bietet. Also auch einen alternativen Zugang zu Vogels Theorie für jene, die sich nicht ausführlich mit politischer Ökonomie zu befassen wünschen. Wer das aber möchte, findet in diesem Werk anregende und überzeugende Argumente zu marxistischen Grundbegriffen aus Sicht einer Feministin.

Lise Vogel: *Marxismus und Frauenunterdrückung. Auf dem Weg zu einer umfassenden Theorie.* Unrast Verlag, Münster 2019.



Eveline Hasler: Tochter des Geldes

Mentona Moser – die reichste Revolutionärin Europas

Im Epilog eröffnet die Autorin, wie sie dazu kam, ein Buch über Mentona Moser zu schreiben: In den 80er Jahren, bekannt geworden durch ihr Buch über Anna Göldin – der letzten Hexe, wurde sie als Autorin in die DDR eingeladen. Damals eine unübliche Reise. In Berlin steht die Autorin dann plötzlich vor dem Grab von Mentona Moser im HeldInnenfriedhof und hat noch nie von dieser Schweizerin gehört. Einigen von unseren Lesenden geht es vielleicht anders und sie kennen den Namen Mentona Moser im Zusammenhang der Geschichte der Zürcher Arbeiterinnenbewegung.

Umso erstaunlicher ist es, dass eine preisgekrönte und bekannte Schweizer Autorin ein Buch über «unsere Geschichte» schreibt. Über das Leben einer Zürcher Kommunistin und Mitbegründerin der KPS. Herausgekommen ist ein historischer Roman. Hasler wurde zwar gewarnt, sich zu Zeiten des kalten Krieges einer Hommage an eine Kommunistin zu widmen. Doch sie wollte, einer wie sie sie nennt, «furchtlosen Sozialpionierin, die für ihre Aufmüpfigkeit von der Gesellschaft oft hart bestraft werden», ihre Stimme zurückgeben.

Am Anfang liest sich das Buch noch etwas mühsam. Die Kindheit und Jugend eines reichen Mädchen und ihrer Schwester sind mässig spannend. Doch mit der Politisierung der jungen Frau beginnt sich auch die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung in die Geschichte hinein zu flechten. Der Zürcher Teil der Geschichte kommt etwas schwach daher im Verhältnis zum internationalistischen Teil der Geschichte. Es ist teilweise mehr ein «Namedropping» der bekannten Revolutionäre, als wirklich spannende Einsichten. Spannend wird die Geschichte aber als Mentona als Aktivistin der Roten Hilfe International in die junge Sowjetunion reist und ein Kinderheim eröffnet. Oder wenn sie sich in Berlin der Produktion von proletarischen Schallplatten widmet.

Der Schluss vom Buch kommt dann auch etwas abrupt. Die Geschichte über Mentona Moser im Widerstand zu Zeiten des Nationalsozialismus werden nur schnell und oberflächlich besprochen. Auch wenn dieses Buch Schwächen hat, ermöglicht es uns einiges über «unsere» Geschichte und die Biographie einer bewegten Frau zu erfahren.

Eveline Hasler, *Tochter des Geldes, Mentona Moser – die reichste Revolutionärin Europas.* Verlag Nagel & Kimche, Zürich, 2019.



Pierluigi Spagnolo: Stadionrebell. Eine Geschichte der italienischen Ultrabewegung.

Die Kurven der Stadien faszinieren, da sie zu den wenigen Orten unserer Gesellschaft gehören, in welchen bis heute kollektive Momente von unten prägend sind, während ansonsten die Vereinzelung munter voranschreitet. Dazu kommt oftmals ein Bruchverhältnis, insbesondere mit der Repression, weniger stark ausgeprägt aber auch mit den Kommerzialisierungsversuchen des Sports, denen die Fans anhängen. Entsprechend verspricht das Buch von Pierluigi Spagnolo, das vor rund einem Jahr auf Italienisch erschien und nun von Kai Tippmann übersetzt im Deutschen vorliegt, viel: Es geht um eine historische Aufarbeitung der Ultras in Italien, die auf eine Geschichte zurückblicken, welche ungefähr zeitgleich mit dem Aufbruch von 1968 begann. Einer Art Enzyklopädie gleich schreitet das Buch durch die vergangenen fünf Jahrzehnte der Fankultur und dokumentiert, wie diese ihr Überleben zu sichern versucht, begleitet von Gesetzesverschärfungen, Fernsehverträgen und Toten. Zeitweise wünscht man sich mehr Verallgemeinerung oder Tiefgang, denn die wiederholte und aneinanderreihende Aufzählung von Ereignissen, zugleich verhindert das eine unnötige Dämonisierung einer Kultur, wie sie anderweitig genügend oft zum Besten gegeben wird. Insgesamt liefert das Buch also eine umfassende Übersicht über diese Kultur von unten und beleuchtet verschiedenste Facetten, die sie betreffen, weniger aber einen vertieften Einblick in den Umgang unter Fans mit diesen Widrigkeiten.

Pierluigi Spagnolo: *Stadionrebell. Eine Geschichte der italienischen Ultrabewegung (übersetzt von Kai Tippmann).* Erlebnis Fussball 2020.

ELEKTRONISCHE MUSIK

Soviet Synthesizer – Revolutionäre Klänge aus dem Osten

Der gängige Kanon elektronischer Musik legt nahe, dass allein der Westen diesbezüglich Pionierarbeit leistete und relevante KünstlerInnen hervorbrachte. Bei genauerer Betrachtung stellt sich heraus, dass die ehemalige Sowjetunion Heimat bedeutender VertreterInnen dieses Genres war, darunter der Komponist Edward Artemiev.

(agkkz) Fragt man Aficionados der elektronischen Musik nach stilprägenden PionierInnen des Genres, fallen immer wieder die selben Namen: Jean Michel Jarre, Kraftwerk oder eventuell etwas exotischere VertreterInnen der Krautrockszene wie Popol Vuh. Gemeinsam ist den genannten KünstlerInnen, dass sie tatsächlich Platten veröffentlichten, welche mittlerweile zum Kanon der Populärmusik gehören und dass sie allesamt aus westlichen, kapitalistischen Ländern stammen. Es ist dies ein grundsätzliches Phänomen, dass der Westen eine Monopolstellung zu haben scheint wenn es um das Hervorbringen stilbildender InterpretInnen jeglicher musikalischen Richtungen geht. Natürlich kann einem nur ans Herz gelegt werden, um bei der elektronischen Musik zu bleiben, *Oxygen* von Jean Michel Jarre auf dem heimischen Plattenteller kreisen zu lassen oder seine Gedanken zu *In den Gärten des Pharaos* von Popol Vuh auf Reisen zu schicken. Schlicht falsch ist es jedoch anzunehmen, dass nicht auch in Teilen der Welt, welche nicht dem Dogma des freien Marktes unterlagen, bedeutende WegbereiterInnen der elektronischen Musik anzutreffen waren.

Pioniere des Synthesizers

Die ehemalige Sowjetunion war zu Beginn des 20. Jahrhunderts Schauplatz diverser Experimente und Tüfteleien hinsichtlich der elektronischen Erzeugung von Klängen. 1920 präsentierte der Physiker Leon Theremin sein nach ihm benanntes Instrument, das erste, welches elektronische Töne zu erzeugen vermochte. Das Theremin ist, unter anderem, durch seine exotische Bedienung in die Populärkultur eingegangen. Mittels Bewegung der Hand wird ein elektrisches Feld verändert und aufgrund dessen ein Klang erzeugt, die Tonerzeugung erfolgt also ohne direkten Kontakt mit dem Instrument. Breitere Bekanntheit erlangte das Theremin schliesslich als Vehikel für die psychedelischen Geräuscheskapaden der englischen Rockband Led Zepplin, deren Gitarrist das Theremin für sphärische Klangeinlagen zu verwenden pflegte.

Als geistiger Erbe Theremins bastelte der sowjetische Ingenieur Evgeny Murzin während 20 Jahren an einem der weltweit ersten Synthesizer. 1957 erblickte ANS, ein Akronym des russischen Komponisten Alexander Nikolajewitsch Skrjabin, das Licht der Welt. Skrjabin war unter anderem dafür bekannt, Töne mit Farben zu verbinden. Getreu seinem Namensvetter handelt es sich beim ANS um ein photoelektronisches Instrument, d.h. die Klangerzeugung kommt anhand von Licht zustande. Der ANS wird über Glasplatten, welche mit einer lichtundurchlässigen Schicht bedeckt sind, bedient. Durch das Abkratzen der Schicht an bestimmten Stellen wird dem Instrument das Signal, da das Licht jetzt passieren kann, zur Klangerzeugung gegeben. Die Bedienung des ANS ähnelt daher eher dem Malen eines Gemäldes als dem Spielen eines Musikinstruments. Nicht nur die Art und Weise der Handhabung des ANS muss aus heutiger Sicht als revolutionär betrachtet werden, auch sein klangliches Spektrum war, für damalige Verhältnisse, immens. Der ANS ist in der Lage, eine Oktave in 72 Tonintervalle zu unterteilen. Bei einem Klavier, und sonstigen uns gängigen Instrumenten, sind es deren zwölf. So erlaubte es der ANS in klangliche Welten jenseits vom damaligen Vorstellungsvermögen vorzudringen und wurde



Der sowjetische Synthesizer Pionier Edward Artemiev in seinem natürlichen Habitat.

daher von den KomponistInnen der sowjetischen Avantgarde frenetisch in Empfang genommen.

Artemiev und der ANS

1960 trifft Evgeny Murzin, der Erfinder des ANS, auf den jungen Edward Artemiev, der gerade seine Studien am Moskauer Konservatorium abgeschlossen hatte. Dieses Treffen ist für Artemiev, der sich damals sowohl für Debussy wie auch für die Malerei interessierte, ein mehr als glücklicher Zufall, er würde bestimmend sein für seine kreative Zukunft. Unter Murzins Anleitung arbeitete sich Artemiev in die Gebiete der Elektronik, der Akustik und der Aufnahmetechnik ein und begann schliesslich, die Terra Incognita der elektronischen Musik für sich zu ergründen. Während seiner Arbeit mit dem ANS kam Artemiev zu der Überzeugung, der Synthesizer sei eine Verlängerung der Seele des Menschen, er erlaubte nicht nur die Komposition eines musikalischen Stücks, sondern die Gestaltung des tonalen Raums an und für sich. Erste klangmalerische Experimente mit dem ANS fasste Artemiev in seinem Stück Mosaik zusammen, einer faszinierenden Entdeckungsreise in die tiefen des Klangspektrums des Synthesizers, fantasievoll, ungewohnt und mitunter verstörend. Die nächste wichtige Etappe in Artemievs Karriere war das Treffen mit dem sowjetischen Avantgarde Filmemacher Andrei Tarkowsky.

Tarkowsky konzipierte gerade die Verfilmung von Stanislaw Lems Science Fiction Klassiker *Solaris*, als er bei einem Festanlass auf Artemiev traf. Die beiden Männer kamen ins Gespräch und Tarkowsky bekundete Interesse an Artemievs Arbeit im Bereich der elektronischen Musik. Tarkowsky war nicht auf der Suche nach Filmmusik per se, sondern nach einer tonalen Beschreibung der in seinem Bildmaterial gezeigten Zustände. Diese fand er in Artemievs sphärischen Klangmalereien. Der ANS, aufgrund der Art und Weise seiner Bedienung, legt nahe, ein Instrument für die Verschmelzung von Bild und Klang zu sein und Artemiev wusste diese Verbindung meisterlich herzustellen. Artemiev verstand es, den visuellen Raum Tarkowskys mit Klängen zu beschreiben, zu erforschen und dadurch über sich selbst zu erweitern, seine Musik ist Komplement und Kontrapunkt zu Tarkowskys Bild. Die Synthese von Bild und Ton bildet schliesslich ein erhabenes Kunstwerk, welches nicht mehr als die Summe seiner atomaren Komponenten, Klang und Aufnahme, hinlänglich beschrieben werden kann. Die Kooperation der beiden Künstler er-

streckte sich über zwei weitere Filme Tarkowskys. Artemiev vertonte sowohl das autobiographisch geprägte Filmdrama *Der Spiegel* als auch seine Interpretation eines weiteren Science Fiction Klassikers *Picknick am Wegesrand* von den Brüdern Strugatzki, welche unter dem Namen *Stalker* mit zu Tarkowskys berühmtesten Werken zählt. Nicht zuletzt gründet der Erfolg der genannten Filme auf der kongenialen musikalischen Untermalung Artemievs, dessen Platz im Pantheon der Synthesizer PionierInnen unumstritten ist.

Kultur jenseits des Kapitalismus

Die westliche Welt hat unzweifelhaft viele Meilensteine der elektronischen Musik hervorgebracht. Eine Welt, deren Werte sich erschreckend präzise am Beispiel eines Casinotischs erklären lassen - «The winner takes it all». Dabei ist die Kultur, bzw. deren Diversität, oft Instrument der Legitimation eines Systems, das unsere simpelsten Vorstellungen von Gerechtigkeit gekonnt ignoriert. Jede kulturelle Entwicklung wird, da sie offensichtlich im Kapitalismus stattfinden konnte, mit diesem verwoben. Wir lernen, dass das kapitalistische System, trotz seiner Ungerechtigkeit, den Menschen mit einer diversen, befriedigenden Kultur zu versorgen vermag. Hier soll die Tatsache, dass im Kapitalismus Kunst immer mit Kommerz verbunden ist und unsere kulturellen Gewohnheiten vermehrt von von Grosskonzernen entwickelten Algorithmen diktiert werden, bewusst vernachlässigt werden. Dies wäre ein Kapitel für sich. Die Betrachtung der Synthesizer PionierInnen der ehemaligen Sowjetunion zeigt, dass das Hervorbringen einer diversen Kultur mitnichten ein Alleinstellungsmerkmal der westlichen Welt ist. Auch in Gesellschaften, in denen der Mehrwert nicht privat angeeignet wird, kann eine progressive Kultur existieren. Oder, anders gesagt, gerade in Gesellschaften, in denen die Besitz- und Produktionsverhältnisse auf gerechten, dem Menschen dienenden, Prinzipien fussen, ist eine progressive Kultur möglich. Das Etablieren des Narrativs, dass dem nicht so ist, dass ein funktionierender Kulturbetrieb allein von freiem Wettbewerb und Privatbesitz bedingt wird, ist zentral für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise. Hier gilt es anzusetzen, zu zeigen, dass das urmenschliche Bedürfnis, Werke zu schaffen, welche unser inneres und äusseres Sein reflektieren und zum Ausdruck bringen, nicht allein im Kapitalismus sich entfalten kann, sondern erst durch dessen Überwindung zu seiner vollkommensten Entfaltung gebracht wird.

IMPRESSUM

Herausgeberinnen: Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich, info@aufbau.org/Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org/Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org
Redaktion (red): Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj) **Redaktion und Vertrieb Schweiz:** aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5 Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU **Basel:** Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org **Winterthur:** Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org **Zürich:** Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

VERKAUFSTELLEN **Schweiz:** Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich/Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur/Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4/Paranoia City, Ankerstrasse 12, 8004 Zürich/Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern/Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern/Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen/Buchhandlung Wasser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel/Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg/Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstraße 125, 70190 Stuttgart/Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D, 70199 Stuttgart-Heslach/Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn/Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg/Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43, 80799 München/Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin/Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.